

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
<b>Rückblicke auf die Bergarbeiterstreiks in Großbritannien und Deutschland. V. (Schluß)</b>	345	<b>Kongresse. Französische Gewerkschaftskon-</b>	
<b>Eine Verächtigung</b>	348	<b>greffe. Aus Unternehmertreifeu.</b> Der Verband würt-	357
<b>Wirtschaftliche Rundschau</b>	349	<b>tembergischer Industrieller und das</b>	
<b>Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rück-</b>		<b>neue württembergische Sportelgesetz</b>	358
<b>blicke. VIII. Aus der Geschichte des Reichs-</b>		<b>Mitteilungen.</b> Leitung der Generalkommission über	
<b>tarifs im Malergewerbe. (Schluß). — Aus den</b>		<b>Quartalsbeiträge und Unterstützungsgelder. — Unter-</b>	
<b>deutschen Gewerkschaften. — Aus den österreichischen</b>		<b>stützungsvereinigungen</b>	359
<b>Gewerkschaften. — Von den australischen Gewerkschaften</b>	349	<b>Hierzu: Arbeiterrechts-Beilage Nr. 6.</b>	

### Rückblicke auf die Bergarbeiterstreiks in Großbritannien und Deutschland.

V. (Schluß.)

Unter Berücksichtigung vorsichtiger Schätzungen der Mitgliederstärken waren im Ruhrgebiet in allen vier Verbänden organisiert:

	von der Gesamtbelegschaft	von der Untertagsarbeiterschaft
	Proz.	Proz.
bei der Proklamation des Generaltreifs 1905:	38—39	44—45
" " " Märzstreifs 1912:	46—47	54—55

Die Organisationsstärke war also diesmal erheblich höher wie je zuvor. Dazu befanden sich jetzt in den Gewerkschaftskassen fünf- bis sechsmal mehr Streikunterstützungsgelder wie 1905. Wirksam unterstützt von der durch den britischen Generaltreif erzeugten Knappheit auf dem internationalen Kohlenmarkt erzielten die belgischen Bergleute, sogar ohne Streik, Lohnbewilligungen bis zu 10 Proz. Organisiert waren nur 30 Proz. der Arbeiter. In Oesterreich sind gar nur kaum 14 Proz. der Bergarbeiter organisiert und doch erzielten sie im März/April teilweise durch Streiks immerhin 6 bis 8 Proz. Lohnerböhrungen, sogar den ersten Lohn tarif in Mährisch-Schirau! Ist es nicht eine Trivialität sondergleichen, angesichts der weit besseren Organisation der Ruhrbergleute und dazu der außerordentlichen Hilfeleistung durch den britischen Generaltreif den Bergleuten vorzureden, die Gelegenheit für eine Lohnbewegung sei ungünstig? Wer in einer solchen Zeit den doch auch von den Amerikanern wiederholt als unausweichlich bezeichneten Kampf für das Arbeiterrecht zersplittert, der muß als Gewerkschaftsleiter ab danken.

Wie kampflustig die Stimmung war, das hat selbst der „Bergknappe“ nicht ganz vertuschen können. Am 30. Dezember 1911 teilte er mit, die Organisationsunlust greife weiter um sich, die Mitglieder sagten, es „habe ja doch keinen Zweck“, die „Unternehmer tun doch, was sie wollen“. Am 10. Februar 1912 schrieb der „Bergknappe“, seine Leute müßten eine mächtige Agitation betreiben, sonst hätte es schon „im Herbst

(1911) sehr leicht“ zu einem Streik kommen können. Das sieht doch wirklich nicht nach einer Kampfesunlust der Arbeiter, selbst der über die Erfolgsfolge eines Lohnkampfes systematisch Irreführten aus. Die Revierkonferenz des Dreibundes (am 10. März in Herne) hat bei vorsichtiger Erwägung der Pläne der Streikbruchorganisatoren doch die Massenstimmung richtig beurteilt, als die Delegierten nach hundertlanger Aussprache dann in geheimer Abstimmung mit 507 gegen 72 Stimmen den Streik beschlossen. Das haben die ersten Streiftage sofort bewiesen.

1905, am 11. Januar, standen 38 948 (17,5 Proz.) der Untertagsarbeiter und nur 3719 (6,48 Proz.) der Obertagsarbeiter im Streik. Noch in der Revierkonferenz am 12. Januar 1905 behauptete Zm-busch, die „Stimmung bei uns ist nicht für einen Streik“, er glaube nicht, daß sich weitere Belegschaften ihm anschließen würden. Hüskens nimnte sogar „entschieden gegen einen Streik“ und Effert behauptete, wenn der Generaltreif proklamiert würde, „so bin ich fest überzeugt, daß uns die Arbeiter nicht folgen würden“. Als aber am 16. Januar doch der Generaltreif erklärt wurde, da hob sich die Zahl der an dem Tage streitenden Untertagsarbeiter von 97 727 (44,12 Proz.) auf 162 527 (73,38 Proz.) am 17., auf 189 059 (85,36 Proz.) am 18. und auf den Höchststand von 193 657 (87,93 Proz.) am 19. Januar. Dazu noch 23 882 (41,60 Proz.) der Obertagsarbeiter. Am vierten Tage nach der Generaltreifproklamation war die Höhe der Bewegung erreicht, trotz der Versicherung der Effert, Zm-busch und Genossen, es sei „keine Stimmung“ vorhanden.

Der Märzstreif 1912 zeigte trotz der systematischen Vorbereitung und mit Hilfe eines Massenaufgebotes von Gendarmen und Polizisten durchgeführten Streifbruchs ein weit rascheres Anschwellen wie die Ausstandsbewegung 1905. Diesmal legten gleich am ersten Tage (11. März) über 100 000 Arbeiter das Gezähe nieder, am zweiten Tage waren es an 200 000 und über den dritten Streiftag berichtete selbst die „Rh.-Westf. Ztg.“, nach dem Förderausfall berechnet hätten sich 223 000 Mann

kaputt agitiert. Innerhalb der letzten zwei Jahre haben sich 14 der angeschlossenen Gewerkschaften aufgelöst oder sind ausgetreten; 21 wurden neugegründet. Wie der Geschäftsführer Kater über die mangelhafte Berichterstattung klagte, so klagte der zweite Berichterstatte, Kassierer Kleinlein, über Nachlässigkeit im Bezahlen. In der Berichtszeit war eine Einnahme von 93 012,95 Mk. und eine Gesamtausgabe von 90 800,70 Mk. zu verzeichnen. Für Streiks und Aussperrungen wurden 27 741,86 Mk. vereinnahmt und 17 656 Mk. ausgegeben. Das Organ der Vereinigung, die „Einigkeit“, die in einer Auflage von 8400 erscheint, hatte eine Einnahme von 49 961,73 Mark, der die beträchtlich höhere Ausgabe von 54 281,61 Mk. gegenübersteht. Die letzte Zeit brachte einen Rückgang in der Abonnentenzahl des Blattes, was auf dessen scharfe Tonart während der Reichstagswahlbewegung und den Kampf gegen die Beteiligung an der Wahl zurückgeführt wurde. Diese innere Reinigung wurde aber als durchaus erwünscht bezeichnet, wenn sie auch die Kassen schwäche. Man muß dabei ein wenig an das Sprichwort vom Fuchs und den Trauben denken.

Die Debatte drehte sich zu einem großen Teile um lokale Angelegenheiten. Viel Zeit wurde vertan mit der Erörterung einer Hamburger Angelegenheit. Die dortige freie Vereinigung der Metallarbeiter hatte aus Anlaß der Kämpfe auf dem „Vulkan“ und bei Blohm u. Wob schon nach fünf Tagen von der Geschäftskommission die Zusendung von Unterstützungsgeldern verlangt und wurde nun deswegen nach allen Regeln der Kunst gebüttelt und gerüffelt. Der Vertreter der Hamburger Metallarbeiter, Minnich, ließ sich aber nicht verblüffen; er hielt eine fulminante Anklagerede und erklärte, die Geschäftskommission habe die Hamburger heimtückisch im Stich gelassen. Im weiteren Verlauf der Diskussion gab es dann noch eine stürmische Anarchisten-debatte. Kater hatte in einem Artikel: „Was ist Spiegelfechtere?“ in der „Einigkeit“ den Anarchisten bedeutet, der Vereinigung den Rücken zu kehren. Die Beschwerdekommision hatte Kater deswegen schon rektifiziert und auf deren Bericht hin brach der Sturm auf dem Kongreß noch einmal los. Kater nahm von seinen Ausführungen nichts zurück, unterstützte sie im Gegenteil noch. Der Kassierer Kleinlein dagegen meinte, man wende sich ja gar nicht gegen den Anarchismus, sondern nur gegen manche seiner Träger, die den Namen Anarchismus geschändet und heruntergezogen hätten. Man sei doch in Wirklichkeit in der freien Vereinigung auf der Bahn des Anarchismus. Was trenne sie denn noch von ihm? Nur der Name! Und daran klammere man sich doch nicht. Fanden diese Ausführungen die Zustimmung der ausgesprochenen Anarchisten unter den Delegierten, so verlangten sie gegen Kater ein Mißtrauensvotum. Es wurde ein Antrag gestellt, daß der Kongreß den Katerschen Artikel verurteile und den Redakteur — nämlich Kater — für die Zukunft verpflichten solle, Artikel, welche die politische Ueberzeugung der Genossen einzuengen geeignet seien, vorher der Preßkommission vorzulegen, damit diese in ihrer Gesamtheit dafür verantwortlich sei. Die Sache ging aus wie das Hornberger Schießen: der Antrag wurde zurückgezogen und die von den Anarchisten verlangte klare Stellungnahme des Kongresses zu ihnen blieb aus. Beachtenswert aus anderen Gründen ist eine Bemerkung, die Kater im Laufe der Debatte machte; er sagte:

Wir nehmen keine Inserate in die „Einigkeit“ auf, die den Zweck haben, Verwirrung in unseren Reihen anzurichten.

Zur finanziellen Sicherstellung des politischen Wochenblattes der Syndikalist, des „Pionier“, der im Herbst vorigen Jahres gegründet wurde, aber die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllte, es vielmehr nur auf 4500 Abnehmer brachte und bereits ein Defizit von 4756,14 Mk. verursachte, wurde u. a. beschlossen, daß die Organisationen für jedes Mitglied zwei Stunden-Löhne beizusteuern und die von ihren Mitgliedern nicht einzutreibenden Abonnementsbeträge zu decken haben.

Der letzte Verhandlungstag brachte nach einem Referat Winkler über „Organisatorische Fragen“ eine Debatte über den — Wert der Centralisation, der allmählich auch von den Lokalisteneingesehen wird. Sie verhalten sich nicht mehr grundsätzlich ablehnend, so daß der Vorsitzende der größten ihrer Organisationen, der Vereinigung der Zimmerer, Weisfel, sogar einen Antrag begründete, daß sich alle Organisationen zu Centralisationen zusammenzuschließen haben. Kater sprach zwar dagegen, meinte aber, der Gedanke müsse erst propagiert werden; zunächst müsse man einen engeren Zusammenschluß berufs- und bezirksweise herbeiführen. Die Debatte endete mit der Annahme einer langen Resolution des Referenten, die einen engeren Zusammenschluß in örtlichen Kartellen und die Zusammenfassung verwandter Berufe in örtlichen Industrieföderationen verlangt, dabei aber betont, daß dieser örtliche Zusammenschluß auf die Dauer nicht genügen werde.

Von der Tagesordnung abgesetzt wurden die Punkte „Genossenschaftswesen“ und „Reichsversicherungsordnung“. In die Geschäftskommission wiedergewählt wurden u. a. Kater und Kleinlein, denen auch das Gehalt um je 200 Mk. auf 2400 bzw. 2600 Mark erhöht wurde.

Der Kongreß war besucht von 62 Delegierten, die 86 Ortsvereine vertraten, und 11 Mitgliedern der Geschäftskommission usw. Das Ergebnis des Kongresses ist, wie man sieht, recht mager. Daß es sich einige der Delegierten nicht nehmen ließen, in der gehässigsten Weise auf Partei und Gewerkschaften zu schimpfen, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

## Mitteilungen.

### Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 24 des „Corr.-Bl.“ wird die Arbeiterrechts-Beilage Nr. 6 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfang von 24 Seiten.

### Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Berlin: Stamer, Alfred, Angestellter des Gemeindearbeiterverbandes.  
 „ Meyer, Dr. Ernst, Redakteur.  
 „ Bey, Paul, Parteiangestellter.  
 Breslau: Srowig, Georg, Parteiangestellter.  
 Chemnitz: Schönherr, Johannes, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes.  
 „ Hedert, Fritz, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.

dem Streik angeschlossen! Und das trotz einer unerhörten Pöbel- und Versammlungsheke gegen die Streikenden, trotz eines rigorosen, häufig brutalen Vorgehens der bewaffneten Macht gegen unsere Streikposten, Streikbureaus, Versammlungen, wie wir es 1905, wo mindestens dieselben Unruhen vorkamen, nicht entfernt erlebten. Diese prompte und gewaltige Streikbeteiligung beweist sonnenklar, daß sich die Dreibundführer über die Massenstimmung nicht getäuscht haben. Hätten sich die klerikalen Gewerkschaftsführer für eine gemeinsame Lohnbewegung erklärt, so würde, vorausgesetzt, die Zechenbesitzer hätten sich auch dann ablehnend verhalten (was nach Lage der Sache durchaus nicht ausgemacht erscheint, siehe das belgische und österreichische Beispiel), der Ausstand noch sehr viel ausgedehnter geworden sein, wie der von 1905, und er verlief diesmal nicht erfolglos. Diese Ueberzeugung teilt auch die „Rh.-Westf. Ztg.“; sie schrieb am 20. März, am Tage nach dem Streikabbruch:

„Der Streik konnte nur gewonnen werden, wenn die gesamte Belegschaft mitgerissen wurde und wochenlang durchhielt. . . . **Tatsächlich hat er auch einige Tage lang fast Hunderttausende mitgerissen**; er hätte sich nur behaupten können, wenn er sie dauernd beeinflussen oder einschüchtern konnte. **Daher das Rufen gerade der christlichsozialen Gewerkschaft und ihrer ultramontanen Führer nach Militär!**“

So bestätigt uns das zur Zechenpartei gehörende Blatt, daß die ultramontanen Streikbruchorganisatoren dann nach Militär riefen, als sie die massenhafte Beteiligung am Streik sahen und befürchten mußten, daß ihre Streikbruchparole jämmerlich Schiffbruch erleiden würde! Der Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins für das Ruhrgebiet, Herr Bergassessor von Löwenstein, berichtete in der Vereinsversammlung am 18. Mai, das „überraschend (!) schnelle Ende“ des Streiks sei nur „zum Teil (!) auf die Weigerung des christlichen Verbandes, sich an dem Streik zu beteiligen, zurückzuführen“, wofür der Zechengeschäftsführer den klerikalen Streikbruchorganisatoren den verdienten Dank abstattete. Aber, so Herr von Löwenstein nach der „Rh.-W. Ztg.“, namentlich . . . hätten die umfassenden Vorbereitungen der kgl. Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Heranziehung von Militär den Organisationen die Möglichkeit (!!) einer erfolgreichen Durchführung des Kampfes genommen!!!“

Offener ist wohl der Zweck eines Aufgebots der bewaffneten Macht gelegentlich eines Streiks kaum ausgesprochen worden, wie hier durch den Geschäftsführer der Zechenbesitzer. In der Tat, nachdem schon vor Ausbruch des Streiks die Streikbruchorganisatoren die Öffentlichkeit durch Versammlungen und Druckschriften vor den „drohenden sozialdemokratischen Gewalttätigkeiten“ in Unruhe versetzt hatten, nachdem sofort am ersten Streiktag die Vergleute durch die auf den Zechenplätzen stationierten Polizisten und Gendarmen in Aufregung gebracht waren, nachdem dann schon am zweiten Streiktag das Essener Centrumsblatt in provozierendster Weise die Polizisten und Gendarmen als ungenügend für den Schutz der Arbeitswilligen bezeichnete und nach Militär schrie, worauf die Polizei und Gendarmerie vielerorts in schroff steigendem Maße nicht nur gegen

Streikposten und Streikende, sondern auch gegen die zu den Ausständigen haltende Bevölkerung vorging, so daß es zu Zusammenstößen kam, die wieder Anlaß zu manch rigorosen polizeilichen Maßregeln gaben, nachdem am vierten Streiktag Militär einrückte und schließlich in manchen Bezirken sozusagen der Belagerungszustand eintrat, nachdem es der Streikleitung immer schwerer gemacht wurde, die Zahl der Ansfahrenden genau zu kontrollieren, die Streikenden über die beispiellose Lügenfabrikation der gesamten bürgerlichen Presse aufzuklären, und zwischen durch die klerikalen Streikbruchführer andauernd über „immer noch ungenügend“ polizeilich-militärische Unterstützung ihrer Streikbruchparole heulten, da war der von Herrn von Löwenstein deklarierter Zweck des Massenaufgebots von Polizisten, Gendarmen und Militär erreicht. Die Streikermassen kamen ins Wanken. Nun setzte noch der Zechenbesitzerverband ein mit Zuschriften (Postkarten) an die Streikenden, sie zur Ansfahrt bis spätestens am 16. auffordernd, widrigenfalls sie wegen „Kontraktbruch“ bestraft und aus den Werkwohnungen geworfen würden. Dieselbe Aufforderung hat man ohne nennenswerten Erfolg auch bei früheren Streiks ergehen lassen. Besonders eindringlich 1905, worauf auch die „Christlichen“ Gewerksvereinsredner wie Effert und Genossen die Streikenden ermahnten, trotzdem auszuharren! Auf die oft wiederholte Anklage, er habe 1905 zum Kontraktbruch aufgefordert und dadurch großes Elend über die Vergleute gebracht, antwortete noch am 1. Januar 1907 in Dortmund derselbe Effert: Nach dem Gesek liege wohl Kontraktbruch vor, aber „Not bricht Gesek und Not kennt kein Gebot. . . . Ich bin stolz darauf, daß ich damals an der Spitze der Bergarbeiterbewegung gestanden habe!“ Jetzt heulten die Effert und Genossen über den „ungeseklichen Kontraktbruch“. Darum sei auch konstatiert, daß diese Leute noch in keiner der zahlreichen Vorstandskonferenzen seit 1905, so oft auch (z. B. 1909 wegen des Zwangsarbeitsnachweises) von einem eventl. Streik die Rede war, von der Notwendigkeit vorheriger Kündigung redeten! Sie wissen eben ganz genau, daß daran unter den gegebenen Verhältnissen bei Massentreiks im Bergbau wohl die Gewerkschaftsleiter denken und dementsprechend — wie wir auch diesmal! — Vorschläge machen, aber sie noch nicht durchsetzen können. Sie wissen auch, daß die Androhung der Kontraktbruchstrafe 1872, 1877, 1889 und 1905 — um nur die größeren Ruhrbergwerksstreiks zu nennen — verpuffte, und deshalb ist die klerikale Schwafelei, die Streikleitung hätte bereits vor dem 16. die Wiederansfahrt beschließen sollen, bewußter Humbug. Wer konnte übrigens vor dem 17. wissen, was am 16. geschehen würde? Und tatsächlich hat selbst die zechenparteiliche „Kölnische Zeitung“ am 17. geschrieben, die Zahl der Ansfahrenden am 16. sei wider Erwarten gering gewesen! Würde dann diese Zahl nicht von der klerikalen Streikbruchpresse und durch massenhaft verbreitete Streikbruchflugblätter außerordentlich aufgebauscht worden und dadurch die Ausgehenden erneut irreführt und eingeschüchtert worden sein, so hätten sie sich sicher am 18. und 19. nicht, wie geschehen, weiter vermindert. Dadurch erst wurde der Beschluß der Streikbeendigung am 19. notwendig. Auch am 19. standen in den östlichen, nördlichen, westlichen und südlichen Bezirken

nach zahlreiche Schichtbelegschaften imponierend im Ausstand. Aber im allgemeinen konnte da über das weitere Abbröckeln der Bewegung kein Zweifel mehr bestehen. Das sahen die Belegschaftsdelegierten ein und fügten sich auch dort mit vortrefflicher Disziplin dem Konferenzbeschluss, wo die Zahl der Ausständigen noch weitaus die Mehrheit der Bergleute umfasste. Der Abbruch des Streiks ging unvergleichlich disziplinierter wie 1905 vonstatten.

Wie recht Herr von Löwenstein mit seiner Erklärung über die Bedeutung des polizistisch-militärischen Massenaufgebots für den Streikausgang hat, ist jetzt auch durch den Streik der Rheinschiffer bewiesen worden. Auch er mußte ohne Erfolg beendet werden trotz guter Konjunktur und überlegender Streikleitung. In den Streikabbruchversammlungen der Rheinschiffer am 23. Mai wurde wie folgt resolviert:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und erkennt an, daß die am Streik beteiligten Organisationen alles getan haben, um einen erfolgreichen Abschluß des Kampfes herbeizuführen. Das Bestreben der Organisationen, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder auf dem Rhein zu schaffen, ist aber durch das unerhörte Eingreifen der preußischen Regierung und der Polizeibehörden, die in einer noch nie dagewesenen Weise für das Unternehmertum Stellung genommen haben, illusorisch gemacht worden.“

Gerade so liegen die Dinge beim Märzstreik der Ruhrbergleute. Die „unparteiische“ Regierung schützte nicht nur die Arbeitswilligen, wogegen sich nichts sagen ließe, wenn sie sich wenigstens auch der durch das schwarze Listensystem der Unternehmer brotlos gemachten Arbeitswilligen annähme, nein, zahlreiche Beauftragte der Regierung Bethmann-Dallwitz haben sich alle Mühe gegeben, das den Arbeitern gesetzlich gewährte Vereins-, Versammlungs- und Streikrecht praktisch unwirksam zu machen! Was die Unternehmer erst noch legalisieren lassen wollen durch eine Gesetzgebung à la Zuchthaus- und Amtsvorlage, das haben jene Beauftragten der Regierung aus eigener Machtvollkommenheit im Ruhrgebiet bereits zum „Gesetz“ erhoben. Wenn immer so im Interesse des Kapitals wichtige Staatsbürgerrechte der Arbeiter außer Kraft gesetzt werden, dann haben die großkapitalistischen Scharfmacher auch ohne Aenderung der bestehenden Gesetze ihren Willen durchgesetzt! Darin ist die außerordentliche allgemeine Bedeutung der Regierungsmassnahmen im letzten Ruhrgebietsstreik für die deutsche Arbeiterbewegung zu erblicken. Er hat bewiesen, daß die Arbeiterkoalitionsfeinde heute mehr denn je Oberwasser im Lande der „vollendeten Rechtsgarantien“ bekommen haben. Es ist auch von großer Bedeutung für die Beurteilung der deutschen parteipolitischen Verschiebungen, daß ein Blatt wie die „Rh.-Westf. Ztg.“, die bei früheren Bergwerkstreiks am ehesten nach Militär rief, diesmal die Unrichtigkeit oder übertriebene Darstellung der vielfach aus Merkitalen Quellen stammenden sensationellen Streikrawallnachrichten feststellte und dann konstatierte:

„... Es bleibt wichtig, daß hier die Centrumspartei einmal mit größter Energie nach militärischem Schutz für Arbeitswillige gerufen hat

bei einem Streik, der — daran halten wir fest — nicht mehr an Einschüchterung und Bedrohung sah, als die meisten großen Bergarbeiterstreiks.“

Daß dieser jähe Frontwechsel der Merkitalen Gewerkschaftsführer lediglich aus parteipolitischen Motiven und zur Beschwichtigung der gegen den „verseuchten Westen“ ansturmenden, nur die Antistreikpropaganda der „überkatholischen Berliner Richtung“ billigenden Orthodoxen, (die allein auch vom Papst nun nochmals und sehr nachdrücklich anerkannt wird) geschehen ist, braucht jetzt nicht näher erörtert zu werden. Das mag Aufgabe einer besonderen, die seit einigen Jahren völlig veränderte Haltung der Centrumsgewerkschaften speziell betrachtenden Abhandlung sein. In diesem Zusammenhang sei nur auf die sich geradezu überstürzenden Ereignisse in dem unterirdisch noch heftiger wie öffentlich geführten Kampf zwischen „Köln“ und „Berlin“ hingewiesen. Der selbst von einem bayerischen Reichsrat als machtpolitischer Erzeß gebrandmarkt ultramontane Denunziationsfeldzug gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband, die Verennung des in M.-Gladbach plötzlich zur „wahren sozialdemokratischen Gewerkschaft“ getempelten Buchdruckerverbandes, seine Denunzierung in Parlamenten, Zeitungen und Broschüren seitens der Nährväter des ebenso plötzlich „christlich“ gewordenen Gutenbergbundes beweisen schon hinreichend, worauf es heutzutage den Merkitalen ankommt, auch wenn man nicht beobachtete, welchen Abscheu sie jetzt vor den Sozials markieren, mit denen sie früher doch so oft Wahlgeschäftchen machten.

Die Streikbruchorganisationen werden selbstredend nie zugeben, daß sie allen gewerkschaftlichen Grundsätzen zuwider dem ohnehin so starken Zechenkapital mithalfen, die um mehr Brot kämpfenden Bergleute zu besiegen in einer Zeit, wo die unter den gegebenen Verhältnissen denkbar günstigsten Vorbedingungen für einen Arbeitererfolg erfüllt waren. Es zeigt sich mit jedem Tage deutlicher, daß die Konjunkturverhältnisse in diesem Frühjahr eine Lohnbewegung der jahrelang mit Lohnverlusten belasteten Bergleute geradezu herausforderten. Die Beauftragten der schon seit Jahren drängenden Mitgliebschaften haben das durchaus richtig erkannt und die Vorstände des Dreibundes haben alles getan, trotz eines wohlbegreiflichen persönlichen Widerwillens, um den Vorstand des ultramontanen Gewerkschafts zum solidarischen Handeln zu bewegen. Trotz der trüben Erfahrungen 1910 sind die Vertreter des jetzigen Streikbruchgewerkschafts nicht ignoriert, sondern zur kollegialen Besprechung zugezogen worden. Abern ist es darum, uns zu unterstellen, wir hätten den „Gewerkschaftsverein vernichten“ wollen. Sollte das geschehen, dann hätte man seine Vertreter sicher nicht ins Vertrauen über die beabsichtigte Lohnbewegung gezogen. Uebrigens haben die Streikbruchorganisationen bis kurz vor dem Streik nicht aufgehört, die kampfbereiten Verbände als jaghafte Arbeitervertretungen hinzustellen! So hat noch ein aus der Streikbruchzentrale stammender Zeitungsartikel am 17. Februar dem Dreibund höhnische Vorhaltungen über den „bittenden“ (!) Ton seiner Eingabe an den Zechenbesitzerverband gemacht. Und drei Wochen später stand man den Zechenbesitzern als Streikbrecherorganisation zur Verfügung. Unser Bemühen, zu einer gütlichen Erledigung der Lohnfragen zu kommen, wurde also verhöhnt und hinter-

her heißt es, wir hätten unter allen Umständen streifen wollen. In zahllosen Streifbruchverherrlichungsartikeln wird die Situation als eine „ungünstige“ geschildert, so auch in der „Baugewerkschaft“ vom 21. April. Zum Glück haben sich die vielschreibenden Massenstreifbrecher trotz allem Raffinement doch selber verraten. Lang und breit jalbadert nämlich der „Christliche“ „Holzarbeiter“ am 22. März über die „Unfähigkeit“ und „Fribolität“ der „sozialdemokratischen Streifführer“, die sich den denkbar schlechtesten Zeitpunkt zum Vorgehen ausgesucht haben sollen, und dabei lesen wir in dem Artikel:

„Zudem wäre in der gegenwärtigen Situation (!!) auch ohne Streik eine Anzahl Zugeständnisse von den Unternehmern zu erzielen gewesen. Die ganze Situation (!!) zwang ja gleichsam die Unternehmer zu Zugeständnissen in der Lohnfrage; die Situation in England (!!), die ansteigende Konjunktur, die Vornahme einer Erhöhung der Kohlenpreise durch das Kohlenmonopol.“

Man irrt kaum seinen Augen und muß es dreimal lesen! Das ist es ja fast wörtlich, was die Vertreter des Dreibundes den Vertretern des Streifbruchgewerkvereins am 5. Februar gesagt haben mit der Aufforderung, sich doch der Lohnangelegenheit anzuschließen, da ihr Erfolg in gegenwärtiger Situation sehr wahrscheinlich sei. Ich habe deshalb wiederholt in öffentlicher Versammlung behauptet, die Zechenbesitzer hätten Zugeständnisse gemacht, es sei nicht zum Streik gekommen, wenn diesmal wieder wie 1905 die Verbände allgerade einig vorgingen. Daß partout nicht gerade auf 15 Proz. Lohnhöhung bestanden wurde, hat Herrmann Sachse noch am 7. März dem Herrn Delbrück gesagt, um diesen — vergeblich — zur Vermittlung zu bewegen. Zweifellos war die Situation für die Arbeiter, auch ohne Streik handfeste Lohnzusicherungen zu erhalten, jetzt so günstig wie nie zuvor, es durften sich die Merikalen nur im Sinne ihrer früheren Kampfanfragen an den Kapitalismus verhalten. In der Erklärung des „Christlichen“ „Holzarbeiters“, diesmal hätten sich die Unternehmer in einer Zwangslage und die Arbeiter deshalb in einer günstigen Position befunden, liegt also die denkbar schwerste Selbstanklage der Streifbruchorganisation! Hier gesteht es ein klerikales Gewerkschaftsblatt selber ein, daß auch der Streik in England die Aussichten der Lohnbewegung im Ruhrgebiet verbesserte! Den schändlich betrogenen Nachläufern der Streifbruchorganisation ist aber das genaue Gegenteil vorgegeschwindelt worden. Es geschieht noch immer, obgleich die Auslassung des am Sitz (Köln) des Generalsekretariats der ultramontanen Gewerkschaften erscheinenden „Holzarbeiters“ beweist, daß die Vorstände des Dreibundes die Sachlage vom gewerkschaftlichen Standpunkte richtig beurteilten. Sie täuschten sich auch nicht über die Stimmung der Belegschaften. Aber wir konnten nicht wissen, daß dem wütenden Geschrei der um den Zusammenbruch ihrer Streifbruchparole bangenden Merikalen nach dem hauenden Säbel, der schießenden Plinte und dem Weisfeilschieben wichtiger Staatsbürgerrechte der Arbeiter von der Regierung in dem erlebten, bis dato sogar in Preußen unerhörtem Umfange Folge geleistet wurde. Unser Vertrauen zu der Unparteilichkeit der Behörden war eben noch ein zu großes. In Zukunft rechnen wir auch mit dieser Tatsache.

Otto Hue.

### Eine Berichtigung.

Zu dem Artikel Otto Hue, der in Nr. 22 veröffentlicht wurde, ist uns von dem christlichen Gewerkschaftssekretär Ollmert-Saarbrücken folgende Berichtigung zugegangen:

Das von Ihnen verantwortlich gezeichnete „Correspondenzblatt“ Nr. 22, vom 1. Juni d. J. bringt einen von Otto Hue unterzeichneten Leitartikel mit der Ueberschrift: „Müchblide auf die Vergarbeitsstreiks in Großbritannien und Deutschland“, worin auf Seite 1 Spalte 2 u. a. auch behauptet wird, ich habe in Sulzbach in einer Versammlung erklärt:

„Man hätte den 1. April (!) abwarten müssen; wenn dann die Werksbesitzer ihr Versprechen nicht gehalten hätten, dann hätten die Christlichen mitgestreift.“

Diese Behauptung, die sich auf einen Versammlungsbericht im Organ des Hirsch-Dunderschen Vergarbeitsgewerkvereins Nr. 20/1912 — der von mir berichtet wurde — stützt, ist unwahr.

Wahr ist, daß ich gesagt habe, daß der Gewerkschaftsverein dann, wenn die Werksbesitzer ihr Versprechen — ab 1. April Lohn erhöhungen zu bewilligen — nicht hielten, alles getan haben würde, um den Kameraden das ihnen Zustehende zu verschaffen und wir in einem solchen Falle evtl. eine gemeinschaftliche Lohnbewegung mitgemacht hätten, und daß ich des weiteren zum Ausdruck gebracht habe, daß wir nicht grundsätzlich gegen eine Lohnbewegung gewesen seien, aber den für die Lohnbewegung gewählten Zeitpunkt für verfrüht und auch aus anderen Gründen für ungeeignet hielten.

Vom 1. April, als Termin für einen Streik anfang im Ruhrbergbau, habe ich mit keinem Worte geredet, sondern gesagt, daß eine spätere Zeit für eine Lohnbewegung günstiger gewesen wäre und hierfür auch Gründe angeführt.

Die in dem bezeichneten Artikel, unter der Voraussetzung der Wichtigkeit des mir in den Mund gelegten Ausdruckes gemachten Ausführungen, sind daher haltlos.

Auf Grund des § 11 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Presse ersuche ich hiermit um Aufnahme dieser Berichtigung.

Achtungsvoll

Paul Ollmert,

Bezirksleiter des Gewerkschafts christl. Vergarbeiter.

Zu dieser „Berichtigung“ teilt uns Otto Hue mit: Dem Hirsch-Dunderschen „Vergarbeiter“ (Nr. 19), den wir als Quelle genannt haben, hat Ollmert ebenfalls eine, aber ausführlichere Berichtigung zugesandt, in der er entschieden ziemlich alles, was der „Vergarbeiter“ (Nr. 19) über Ollmerts Äußerungen in der Sulzbacher Versammlung mitgeteilt hatte, bestritten. Der „Vergarbeiter“ (Nr. 20) schreibt dagegen:

„Hierzu bemerken wir, daß wir von dem, was wir in letzter Nummer über die Ausführungen Ollmerts geschrieben haben, nichts zurückzunehmen haben!“

Da der verantwortliche Redakteur des „Vergarbeiter“ zugleich auch der Redner gewesen ist, dem Ollmert in Sulzbach entgegentrat, der Leiter des Hirsch-Dunderschen Organs also genau weiß, welchen Wert die Ollmertsche „Berichtigung“ besitzt, so ist auch die an uns gerichtete dementprechend einzuschätzen.

O. H.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Kampf gegen die Kreditüberspannung. — Fortdauernd starke Neuinvestitionen. — Kupferbörse in Berlin. — Steigender Auswandererverkehr.**

Der von der Reichsbank und anderen maßgebenden Stellen eingeleitete Kampf gegen die maßlose Kreditgewährung und Kreditinanspruchnahme spinnst sich fort, allerdings nicht ohne Gegenströmungen und Proteste. Vor allem in der Provinz scheint die schärfere Tonart seitens der Banken vielfach angewendet zu werden; wenigstens gefallen sich hier Warenhandel und Gewerbetreibende am meisten in Klagen über plötzliche empfindliche Störungen, nachdem sie ihre Betriebe, nicht bloß durch eigene Schuld, auf die alte, nachgiebigere Kreditpraxis zugeschnitten hätten. Die Großbanken sollen zahlreiche gute Geschäftsprojekte abweisen, auf die sie früher ohne Zweifel bereitwillig eingegangen wären. Die Reichsbank selber hat, obwohl ihr Diskont für die Sommerzeit und angesichts des Auslandes abnorm hoch bleibt, die Zügel nicht lockerer gelassen. Erst neuerdings tauchen Andeutungen auf, daß man im Diskont vielleicht doch von 5 auf 4½ Proz. herabgehen könne; wahrscheinlich nur auf kurze Zeit, da sehr bald schon wieder die Vorbereitungen auf die anspruchsvolle September-Oktoberwende beginnen — ein Termin, an dem die Ausgabe ungedeckter Banknoten nicht selten die Inanspruchnahme beim Jahreswechsel übertrifft.

Im allgemeinen scheint jedoch die Geschäftswelt keineswegs an größere Zurückhaltung zu denken. Sie zahlt lieber das höhere Schmerzensgeld für die Heranziehung fremden Kapitals, ehe sie auf lockende, gewinnversprechende Unternehmungen verzichtet. Bisher sind jedenfalls die Neuinvestitionen von Kapital ganz beträchtlich gegen das Vorjahr gestiegen. Vom 1. Januar bis Ende Mai beliefen sich diese Beträge auf 681,35 Millionen Mark, gegen nur 581,26 Millionen Mark in 1911 und 515 bzw. 502 Millionen Mark in den gleichen Monaten der weiter vorangegangenen Jahre. Nur bei den Kapitalvermehrungen, also bei den Erweiterungen schon bestehender Unternehmungen, zeigte der letzte Mai eine kleine Abnahme, um rund 2 Mill. Mk., gegen das außerordentlich lebhafteste Vorjahr. Dagegen waren die Neugründungen abermals im Mai um 12,66 Millionen Mark umfassender wie im Vorjahre.

Manche Betriebe kommen jetzt sogar mit beipielloser großen Ansprüchen. So schlägt, nachdem in den Syndikatsfragen klarer zu sehen ist, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft ihren Aktionären eine Ausdehnung des Stammkapitals um nicht weniger als 30 Millionen Mark, insgesamt auf 130 Millionen vor. Nach der Kapitalserhöhung vom April 1910, bei der 36½ Millionen Mark emittiert wurden, ist das neue Projekt das größte Finanzgeschäft in der Geschichte dieses Konglomerates von Kohlenzechen, Hochofen, Stahl- und Walzwerken.

Der enorm gestiegene Kupferbedarf hat auch auf die deutsche Handelsorganisation umbildend zurückgewirkt. Neben den alten großen Metallhandelsfirmen sah sich der industrielle Verbrauch stark auf die Auslandsbörsen, in erster Linie auf England, angewiesen. Allmählich regten sich in Berlin und Hamburg Bestrebungen, schon zur Erparung von Courtagen, Provisionen, Stempel und Zinsen, vom englischen Centrum unabhängiger zu werden. In Berlin begann man am 8. Juni v. J.

mit handelsrechtlichen Lieferungsgeeschäften in Kupfer. Anfangs waren die Umsätze klein; noch vor einem halben Jahre wurde ein täglicher Umsatz von 150 bis 200 Tons als sehr befriedigend angesehen. Dann trieb die fortschreitende Weltmarktpreissteigerung die kupferverbrauchenden Industrien rascher als sonst dazu, härtere Deckungskäufe auf längere Zeit hinaus vorzunehmen. Zeitweise wurde an einem Tage bereits die Refordziffer von zirka 2000 Tons erreicht. Jetzt soll offiziell ein förmlicher Terminhandel eingeführt werden, wie ihn schon seit 1906 das Berliner Aelteftenkollegium empfohlen hat. Ein Antrag des Vorstandes der Berliner Produktenbörse ist bei der Regierung gestellt; die vorläufige Antwort des Reichszanlers stellt keine weiteren Schwierigkeiten in Aussicht. Nach der „Frankf. Zig.“ rechnen die Interessentkreise „schon mit den Möglichkeiten einer späteren Zeit, wo die Notierungen an der Berliner Metallbörse nicht nur für Kupfer, sondern auch für Zink, Blei und Zinn als Grundlage für Abschlüsse, beim Ein- und Verkauf von Erzen, Neu- und Altmetallen dienen könnten und dadurch eine fühlbare Emanzipation von ausländischen Börsen herbeiführen. . . . Eine unmittelbare Folge des börsenmäßigen Kupferhandels ist die Einführung der indosahalen (ohne förmlichkeiten weiter übertragbaren) Lagerschein bei dem Lagerhaus des Teltower Kreises und bei dem Lagerhäusern der Stadt Berlin. Wohl harrt die Warrant-Frage noch ihrer reichsgesetzlichen Lösung, aber die indosahalen Lagerschein werden als Abschlagszahlung aufgefaßt. Einlagerungen von Kupfer haben bereits stattgefunden.“

Im Zusammenhang mit der günstigeren Konjunktur in Nordamerika scheint sich der Auswanderungsverkehr der großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaften rasch wieder zu heben. An der Zunahme war im Mai Hamburg verhältnismäßig härter beteiligt wie Bremen, dagegen behielt Bremen noch immer das absolute Uebergewicht. Es wurden im Mai Auswanderer (ohne Kajütspassagiere) befördert:

	1912	1911	1910	1909
über Hamburg . .	17 470	9 783	11 520	12 154
„ Bremen . .	19 701	13 321	16 030	15 678
Zusammen	37 171	23 104	27 550	27 832

Die ersten fünf Monate zusammengerechnet, hob sich der Auswandererverkehr, verglichen mit dem Vorjahre: für Hamburg von 35 448 Personen auf 50 899, für Bremen von 46 527 auf 68 753, insgesamt von 81 975 auf 119 652 Personen.

Berlin, 10. Juni 1912. Max Schippel.

## Arbeiterbewegung.

### Gewerkschaftliche Rückblicke.

#### VIII.

#### Handels- und Transportgewerbe.

Die relativ günstige Gesamtlage des deutscher Erwerbslebens im Jahre 1911 widerspiegelt die Gruppe Handels- und Transportgewerbe am besten. Banken, Verkehrs- und Versicherungsgesellschaften berichten über einen lebhaften Geschäftsgang, die Schiffsgesellschaften, die den überseeischen Warenaustausch vermitteln, fanden rege Beschäftigung und erhöhten ihre Gewinne. In folgender Tabelle sind die Dividenden, die im Geschäftsjahre 1910/11 von den verschiedenen Gesellschaften dieser Gruppe ausgeschüttet wurden, zusammengestellt:

gewaltigen Erziehungsarbeit, um aus dieser großen, vor kurzem noch indifferenten Masse eine überzeugte Kämpferschar zu machen.

Ueber die Berufszugehörigkeit der Mitglieder liegen folgende Angaben vor:

Hausdiener, Bader, Markthelfer . . . . .	45 839
Kutscher, Fuhrleute usw. . . . .	38 101
Droschken- und Personenzufuhrwerkskutscher . . . . .	7 329
Bierfahrer und Mitfahrer . . . . .	4 507
Expeditions-, Speicherei- und diverse Transportarbeiter . . . . .	19 017
Kohlenarbeiter usw. . . . .	6 051
Hafenarbeiter . . . . .	22 341
Binnenschiffer und Flößer . . . . .	11 175
Seeleute . . . . .	10 873
Hilfsarbeiter verschiedener Art . . . . .	10 787
Straßenbahn- und Omnibusangestellte . . . . .	9 261
Fensterreiniger . . . . .	2 298
Arbeiterinnen . . . . .	6 817
Diverse . . . . .	853

Die finanzielle Entwicklung des Verbandes ist aus nachstehenden Zahlen ersichtlich: die Reineinnahmen betragen 2 066 574 Mk., die Ausgaben 2 511 437 Mk., der Kassenbestand der Hauptkasse 1 124 247 Mk. Von den Einnahmen waren 2 848 295 Mark Mitgliederbeiträge. Von den Ausgaben entfielen u. a. auf Verbandsorgan 257 325 Mk., Unterstützungen 1 290 021 Mk. (davon Arbeitslosenunterstützung 395 963 Mk., Krankenunterstützung 748 936 Mark) und auf Lohnbewegungen und Streiks 553 489 Mark.

Die Lohnbewegung war im Berichtsjahre sehr intensiv. Es wurden 1012 Bewegungen geführt in 229 Orten, 5657 Betrieben mit 115 811 Beschäftigten. Nur 23 Bewegungen in 53 Betrieben mit 747 Beschäftigten wurden durch Zurückziehung der Forderung erledigt, in allen anderen Fällen sind die Bewegungen durchgeführt worden. 95,3 Proz. aller Bewegungen konnten mit Erfolg für die Arbeiter erledigt werden. Die meisten Bewegungen führten auf friedlichem Wege zum Erfolg.

Zu Streiks kam es in 255 Fällen, die Zahl der Streikenden betrug 15 729. Nur 16,9 Proz. der Streiks waren erfolglos. Die Zahl der Ausperserungen betrug nur 3 mit rund 800 Beteiligten. In allen drei Fällen gelang es, den Angriff der Unternehmer zurückzuweisen.

Die wenigen Angaben, die wir aus dem umfangreichen Bericht geben können, zeigen, daß die Transportarbeiter mit ihrer vorjährigen Organisationsstätigkeit vollauf befriedigt sein können. Was irgendwie durchgeführt werden konnte, ist durchgeführt worden. Die Erstarkung der Organisation gewährt die Sicherheit, daß die deutschen Transportarbeiter auch in den kommenden Jahren ihre Interessen erfolgreich vertreten werden.

Der Centralverband der Handlungsgehilfen hat ebenfalls eine günstige Entwicklung im Berichtsjahre zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg auf 15 502. Die folgende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung seit Gründung des Verbandes:

Bestand am Ende des Jahres	
1897 . . . . .	255 Mitgl.
1898 . . . . .	477 "
1899 . . . . .	665 "
1900 . . . . .	817 "
1901 . . . . .	1388 "
1902 . . . . .	2024 "
1903 . . . . .	3054 "
1904 . . . . .	3712 Mitgl.
1905 . . . . .	5905 "
1906 . . . . .	6892 "
1907 . . . . .	8194 "
1908 . . . . .	8804 "
1909 . . . . .	9870 "
1910 . . . . .	12380 "
1911 . . . . .	15 502 Mitglieder.

Die Zunahme im letzten Jahre beträgt demnach 3122, das ist die größte Zunahme in einem Jahre seit Bestehen des Verbandes. Damit ist die Hoffnung begründet, daß die Entwicklung für die Folge einen schnelleren Lauf nehmen wird als bisher. Die alten Harmonieverbände beginnen langsam, ihre Anziehungskraft einzubüßen, auch die Handlungsgehilfen lernen einsehen, daß nur eine entschiedene gewerkschaftliche Interessenvertretung sie vorwärtsbringen kann. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade in dieser Uebergangsperiode eine neue Zersplitterungsorganisation ins Leben gerufen wurde, die nur eine Verlangsamung der Entwicklung zur Folge haben kann. Zu wünschen ist, daß der Kampf zwischen der neuen Richtung und unserem Centralverbande in anderen Formen geführt wird, als die von dem antisemitischen Harmonieverbände der Handlungsgehilfenbewegung aufgedrängten. Wir hegen die Ueberzeugung, daß die größere Werbekraft auf die Dauer der fortschrittlicheren Organisation eigen sein wird, das kann nur die Organisation sein, die grundsätzlich den Kastendünkel bekämpft und den Anschluß dort sucht, wo die gewerkschaftliche Macht der Neuzeit sich konzentriert: bei den Gewerkschaften.

Von den Ausgaben des Centralverbandes im Berichtsjahre nennen wir folgende Posten: Agitation 53 867 Mk., Verbandsorgan 23 577 Mk., Lohnbewegungen, Stellenvermittlung usw. 57 668 Mk., Arbeitslosenunterstützung 12 988 Mk. Der Kassenbestand betrug 47 529 Mk.

Die Entwicklung des Lagerhalterverbandes setzte sich im Berichtsjahre stetig fort. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 2744 gegen 2449 am Schluß des Jahres 1910. Die Frage der Verschmelzung mit dem Verbands der Handlungsgehilfen gedieh soweit, daß zwischen den Vorständen eine Einigung erzielt wurde. Der Verbandstag der Handlungsgehilfen hat den Vereinbarungen inzwischen zugestimmt und die Lagerhalter selbst werden demnächst über die Angelegenheit endgültig entscheiden. Die zwischen den beiden Vorständen getroffene Vereinbarung haben wir vor kurzem im „Corr.-Bl.“ wiedergegeben. Aus dem Kassenbericht des Verbandes ist folgendes aufzuführen: Für Arbeitslosenunterstützung wurden 5228 Mk. verausgabt, für Umzugsunterstützung 2304 Mk., Gerichtskosten 1493 Mk. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen betragen 53 127 Mk., die Vermögensbestände rund 73 000 Mk.

Lohnbewegungen wurden in 108 Fällen geführt; sie betrafen 785 Mitglieder. Mit ganzem oder teilweisem Erfolg endeten 73, erfolglos 7, bei 2 ist das Resultat unbekannt, und 26 waren am Jahreschluß noch nicht beendet. Tarifverträge wurden in 33 Fällen abgeschlossen für 309 Personen, Dienstverträge in 16 Fällen für 99 Personen.

#### Aus der Geschichte des Reichstarifs im Malergewerbe. (Schluß.)

Der Normaltarif galt zunächst nur für die damals in einer Lohnbewegung stehenden Orte, wurde aber für die bis Ende 1909 noch abzuschließenden Tarife als Schema benutzt. Er enthielt ferner die Bedingung, daß alle vor dem 31. Dezember 1909 ablaufenden Verträge bis dahin zu verlängern seien. Das bedeutete die Einführung des allgemeinen Ablauftermins. Bei dessen Verweigerung wäre der Normaltarif bis 31. Dezember 1908 — nur auf 8 Monate — abgeschlossen worden. Dies hätte

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in 1000 M. 1910/11	Dividende in Proz.	
			1909/10	1910/11
Hypothekenbanken	44	804 605	8,5	8,5
Andere Banken mit über 1 Mill. Kapital	184	2 925 121	7,4	7,7
Andere Banken mit unter 1 Mill. Kapital	139	37 215	6,8	7,2
Versicherungsgesellschaften	125	154 586	22,2	22,5
Eisenbahnen	98	452 870	3,8	4,1
Kleinbahnen	111	220 229	1,9	2,3
Straßenbahnen	59	356 935	6,6	6,8
Schiffahrtsgesellsch.	109	489 442	3,7	5,5
Expedition, Speicher	39	38 532	6,2	5,6
Sonstige Transportgewerbe	11	50 315	4,6	6,5
Insgesamt:				
a) Banken	492	3 921 527	8,2	8,4
b) Handels- u. Banf.	68	153 244	7,9	8,4
c) Verkehrsgewerbe	427	1 608 323	4,2	5,0

Diese vom Jahre 1910 noch beeinflussten Betriebsergebnisse betätigen die im allgemeinen günstige Lage der Industrie während des letzten Jahres. Die wenigen Ausnahmen, die wir bei einzelnen Industriegruppen resp. Branchen bisher feststellen mußten, vermögen an dem Gesamtbild nichts zu ändern. Insbesondere die Schiffsverkehrsberichte, die durchweg günstig lauten, zeigen die wirtschaftliche Weltlage im besten Lichte. Die politische Spannung hat wohl kurze Unterbrechungen zur Folge gehabt, aber sie konnte das Gesamtbild nicht ändern. Auch die unsichere Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten hat den Frachtverkehr nicht gehindert, er ist im Gegenteil gestiegen. Der Personenverkehr ist dagegen um etwas zurückgegangen. Die großen Abhandlungen haben sämtlich ihre Dividenden erhöhen können, die Bremer Hansalinie sogar von 10 auf 15 Proz., die Hamburg-Südamerikaline von 8 auf 10 Proz., die Hamburg-Amerikaline von 8 auf 9 Proz. und der Bremer Lloyd von 3 auf 5 Proz. Entsprechend dem lebhafteren Geschäftsgang besserten sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Die Ziffern sind hier zwar im Vergleich zu anderen Industriegruppen hohe, das liegt aber an den besonderen Verhältnissen des Arbeitsmarktes im Verkehrsgewerbe. Auf je 100 offene Stellen fiel die Zahl der Arbeitsuchenden bei den berichtenden Arbeitsnachweisen von 247,40 im Jahre 1910 auf 233,17 im Jahre 1911. Im Verkehrsgewerbe waren die respektiven Spezialzahlen 258,68 resp. 237,17; der Rückgang ist hier noch größer als bei den Gesamtzahlen. Ueber vorzügliche Fortschritte kann die Genossenschaftsbewegung berichten. Die dem Centralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften steigerten ihre Mitgliederzahl von 1 181 000 auf 1 325 000. Die Zunahme betrug 144 000. Der Bericht hebt hervor, daß ein solches Wachstum noch in keinem Jahre vom Verbande erzielt wurde. Zu einem Teil haben die außerordentlichen Teuerungsverhältnisse die genossenschaftliche Organisation der Arbeitermassen gefördert, ein guter Teil des Aufschwunges ist zweifellos aber auch auf die Propagierung des Genossenschaftswesens in den Arbeiterorganisationen und der Arbeiterpresse zurückzuführen. Ebenso wichtig als die Steigerung der Mitgliederzahl ist die Erhöhung des Umsatzes. Einschließlich der Großeinkaufsgesellschaft stieg der Umsatz der angeschlossenen Genossenschaften von

433 Millionen Mark auf 506 Millionen Mark oder um 73 Millionen Mark. Die Eigenproduktion der Genossenschaften hat neue Gebiete erobert. Was heute auf dem Gebiete der Brot- und Fleischversorgung durch eigene Betriebe der Arbeitergenossenschaften geleistet wird, hätten viele vor 1½ Jahrzehnten als eine Utopie angesehen. Insbesondere hat die genossenschaftliche Brotproduktion glänzende Erfolge aufzuweisen, und sie hat vor allem der Preistreiberie des Privatkapitals vorzüglich entgegenzuwirken vermocht, obgleich in ihren Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowohl als die allgemeine Betriebshygiene vorbildlich sind. Die Schlachtereie bietet der genossenschaftlichen Eigenproduktion anscheinend noch große Schwierigkeiten, aber auch hier sind Erfolge aufzuweisen. Neuerdings ist die Hamburger „Produktion“ zur Bewirtschaftung eines Gutes übergegangen, um wichtige Rohprodukte in eigener Regie herzustellen und eine planmäßige Versorgung ihrer Mitglieder mit Meiereiprodukten auf selbständiger Grundlage zu organisieren. Zu diesen mehr lokalen Vorgängen kommen die centralen Produktionsanlagen der G. E. G. und des Centralverbandes, die eine günstige Entwicklung zu verzeichnen haben. Der Wert der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist im letzten Jahre auf 81 Millionen Mark von 66 Millionen Mark im Vorjahre gestiegen. Die Zahl der in den Genossenschaften beschäftigten Personen stieg von 18 923 auf 21 939. Diese Zahl ist zwar im Verhältnis zu den in ähnlichen Privatbetrieben Beschäftigten noch gering, aber wir stehen erst am Anfange dieser Entwicklung, die noch ungeahnte Möglichkeiten haben dürfte. Die bisherigen Erfolge müssen eine immer intensivere Propaganda des Genossenschaftswesens in der Arbeiterschaft zur Folge haben. Je größer und leistungsfähiger unsere Genossenschaften werden, je größere Vorteile können sie den breiten Massen der Konsumenten bieten, und je mehr werden sie auch für die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in ihren Betrieben Beschäftigten Sorge tragen können. Dadurch werden aber auch die Interessen der Gewerkschaften gefördert, teils durch die relative Erhöhung der Kaufkraft der von den Gewerkschaften errungenen Lohnverbesserungen, teils auch dadurch, daß die vorbildlichen genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisse die Erringung gleicher Verhältnisse in den entsprechenden Privatindustrien erleichtern.

Die Organisation der Arbeiter der Transportgewerbe hat im Berichtsjahre große Fortschritte gemacht. Der vorliegende Jahresbericht des Transportarbeiterverbandes ist der erste über ein volles Jahr seit der Verwirklichung der Einheitsorganisation der deutschen Transportarbeiter. Die Mitgliederbewegung gestattet daher einen Rückschluß auf die Werbefähigkeit des Industrieverbandes in diesen Gewerben. Die Mitgliederzahl stieg von 152 954 auf 195 249, ein gewiß glänzender Aufschwung. Allerdings ist die Fluktuation im Verbande noch recht groß. Folgende Ziffern geben Aufschluß über die Dauer der Verbandszugehörigkeit der 195 249 Mitglieder. Es gehörten dem Verbande an:

bis zu einem Jahre	65 677 = 33,6 Prozent
von 1 bis 3 Jahren	58 358 = 27,8
" 3 " 5 "	41 925 = 21,5
" 5 " 8 "	21 122 = 10,8
" 8 " 10 "	4 606 = 2,4
über 10 Jahre	8 561 = 4,4

Mehr als  $\frac{1}{4}$  der Mitglieder sind dem Verbande demnach erst in den letzten fünf Jahren beigetreten,  $\frac{1}{2}$  sogar erst im Berichtsjahre. Es bedarf einer



zur Folge gehabt, daß der Verband der Maler noch innerhalb Jahresfrist bereits wieder in einer großen und zwar diesmal völlig centralen Bewegung stand, denn Ende 1908 liefen nicht nur wieder in Süddeutschland und Rheinland-Weisfalen, sondern auch in Berlin, Hamburg und fast allen anderen namhaften Städten die Tarife ab. Der Verband stand also vor der Tatsache, entweder nach vierjähriger stärkster Anspannung aller Kräfte in wenig Monaten eine allgemeine Lohnbewegung durchführen zu müssen, oder die noch im Gange befindliche Bewegung zur Abwehr des allgemeinen Ablaufstermins zu verlängern und zu komplizieren. Doch auch dies erfolgreich durchgeführt, hätte große Bewegungen in den kommenden Jahren nicht verhindert und so entschloß man sich nach reiflichen Erwägungen aller missprechenden Momente, wobei besonders die Struktur des Berufes, die Massenbewegungen sich nie so einheitlich und bedeutungsvoll gestalten lassen wird wie in manch anderem Gewerbe und in der Industrie, nach erfolgter Urabstimmung in den beteiligten Gebieten, für Hinnahme der Tarifverlängerungen und damit des allgemeinen Ablaufstermins.

Der Normaltarif selbst brachte trotz weitansgreifender Forderungen der Arbeitgeber, die besonders die bisherigen Mindestlöhne beseitigen, die Arbeiter kautions- und schadenersatzpflichtig machen und u. a. weitere Verschlechterungen einführen wollten, außer der weitschweifigen Paraphrasierung ganz nebensächlicher und selbstverständlicher Bedingungen und einer Mindestloohnerhöhung um 2 Pf. keine nennenswerten Veränderungen der allgemein üblich gewesenen Arbeitsverhältnisse. — Neu war die Einführung einer Gegenleistungsklausel folgenden Wortlauts:

„Der Gehilfe ist zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet. Die Angemessenheit der Gegenleistung wird nach einer von der zuständigen Tarif-Überwachungskommission aufgestellten Norm bestimmt. Wird bei einer Arbeit die angemessene Gegenleistung durch Verschulden des Gehilfen nicht erreicht, so ist der Meister zu einer entsprechenden Lohnsürzung berechtigt, die jedoch nicht über 10 Proz. des hierfür verdienten Lohnes hinausgehen darf. Umgekehrt ist der Lohn bei Mehrleistung angemessen zu erhöhen. Besteht über die Berechtigung sowie über die Höhe der Sürzung oder der Erhöhung Streit, so entscheidet hierüber die zuständige Tarif-Überwachungskommission nach ihrer Norm unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Falles.“

Jede Arbeit muß sorgfältig hergestellt werden.

Das Herrichten der Farben ist jeweils einbegriffen.“

Die Arbeitgeber, die dieser Frage schon immer eine große prinzipielle und praktische Bedeutung beigemessen hatten, verlangten in ihren Forderungen, daß bei Minderleistungen der Lohn „im Verhältnis zu kürzen“ sei; also ohne eine feste Begrenzung; auch war natürlich bei ihnen von einer Lohn-erhöhung bei Mehrleistung keine Rede.

In der angenommenen Fassung hat sich praktisch die Gegenleistungsbedingung keineswegs störend bemerkbar gemacht. Da mit der Höhe der für den einzelnen Gehilfen festgesetzten Leistung die Höhe der Preise und die ganze Preispolitik der Arbeitgeber besonders bei dem hohen Anteil, den im Malergewerbe die Arbeitslöhne an den Produktionskosten ausmachen, eng zusammenhängt, liegt es im eigenen Interesse der Arbeitgeber, wollen sie nicht der so schon äußerst schädlich wirkenden Schmutzkonkurrenz die Wege ebnen, die Leistungen der Arbeiter örtlich in normaler Weise festzulegen;

andernfalls würden übrigens auch die ausgearbeiteten Bedingungen nicht die Zustimmung der Gehilfenvertreter finden. So sind denn bei richtiger Anwendung die Gegenleistungsbestimmungen geeignet, der immer mehr auftretenden Missetreiberei entgegenzutreten. Die Gehilfen können, auf die vorgeschriebene Leistung verweisend, ihre Arbeitsleistung in vernünftigen Grenzen halten: leisten sie weniger, so kann bis zu 10 Proz. abgezogen werden, bei Mehrleistung muß aber auch mehr, und zwar in voller Höhe, gezahlt werden. Dazu kommt, daß sich die Leistungsnorm im Malergewerbe überhaupt nur bei einzelnen großen und auch sonst besonders geeigneten Arbeiten praktisch anwenden läßt.

Eine selbstverständliche Folge dieser Art der Regelung der Leistung der Gehilfen war, daß das Quantum der festgesetzten Leistung den Akkordpreis bestimmte; dieser wurde so festgesetzt, daß der Gehilfe bei Erfüllung der für Zeitlohn fixierten Leistungsmenge im Akkord seinen Stundenlohn erreicht, der zudem noch besonders garantiert ist. Die allgemeine Erfüllbarkeit der festgesetzten Leistung ergab sonach ganz automatisch erträgliche Akkordpreise. So sind denn die Arbeitgeber in einer schlimmen Zwischmühle, die bisher bei ihnen keine Freude an dieser ihrer „großen Errungenschaft“ zeitigte und die Regelung der Leistungsfrage z. B. in Berlin u. a. noch nicht hat zum Abschluß kommen lassen.

Die Bedeutung des Normaltarifs lag darin, daß er eine größere Etappe auf dem natürlichen Wege ganz konsequent fortschreitender Entwicklung zur weiteren Zusammenfassung des Tarifwesens im Malergewerbe bildete. Natürlich löste diese Frage in den beteiligten Kreisen lebhafteste Auseinandersetzungen aus, besonders an den Orten, wo man über den um ein Jahr hinausgeschobenen Ablauf der bisherigen Tarife nicht erfreut sein konnte.

Die Generalversammlung des Verbandes 1909 zu Köln beschäftigte sich darum eingehend mit der Frage des Reichstarfs und legte fest, daß die bisherige grundsätzliche Stellung des Verbandes zu den Tarifverträgen „einer Aenderung auch dann nicht bedarf, wenn sich die örtlichen Tarifverträge zu einem einheitlichen Tarifverträge über größere Landesteile und Bezirke oder später auf das ganze Reich ausdehnen“, nur sollten bei „centralen Verhandlungen alle besonders gearteten örtlichen Bestimmungen der bisherigen Verträge Berücksichtigung finden.“ Die bisherige Haltung des Vorstandes auf dem Gebiete des Tarifwesens wurde ausdrücklich gebilligt, ferner bestimmte die Generalversammlung die Wahl einer centralen Verhandlungskommission für die kommende Bewegung.

Der Arbeitgeberverband beschäftigte sich einige Monate später auf seinem Hauptverbandstage in Dresden mit der Frage. Hier sprach man sich entschieden für einen Reichstarif aus und beriet gleichzeitig einen „Kriegsplan“, wie man offiziell verkündete, wobei die Scharfmacherei die tollsten Organe feierte. — Kein Wunder, wenn die Forderungen der Unternehmer auf ganz besondere Errungenschaften angelegt waren. Vor allem wollte man einen kräftigen Vorstoß gegen die bestimmten Mindestlöhne unternehmen. Darum wurde gefordert, daß alle Gehilfen unter 21 Jahren, alle, die die Lehrzeit nicht „ordnungsgemäß“ zurückgelegt, die „Gesellenprüfung nicht bestanden“, die festgesetzte Leistung durchschnittlich nicht erzielen, oder die als Hilfsarbeiter

nicht mindestens fünf Jahre unausgesetzt mit Herstellen von Anstreicherarbeiten in Maler- und Lackiererwerkstätten beschäftigt waren, keine Vollarbeiter sein, folglich auch keinen Anspruch auf die festgesetzten Löhne haben sollten. — Während der Verhandlung machten sie dann den „Vermittlungsvorschlag“, daß junge Gehilfen bis zu 60 Proz. des Lohnes für Vollarbeiter erhalten, also als Lohn-drücker wirken sollten.

Auch die oben erörterte Gegenleistungsklausel wollten die Arbeitgeber in ihrem Sinne — zum Zwecke der Lohnrückerei — geändert haben, die feste Norm für Auslösung bei Landarbeit sollte aufgehoben, die Ueberstundenzuschläge verschlechtert, Leitzuschläge beseitigt und die Gehilfen besonders haßbar gemacht werden für verursachte Schäden, eine schändliche Agitationsklausel, die Ausschaltung der Gewerbegerichte bei gewerblichen Streitigkeiten und ein Verbot des Abschlusses von Tarifen mit anderen Arbeitgeberkorporationen sollte durchgeführt werden. Der Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise und der Einführung sanitärer Einrichtungen setzten man schärfsten Widerstand entgegen, während das Feiern am 1. Mai Tarifbruch sein sollte. Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen wurden jedoch strikt abgelehnt. — Fürwahr ein ansehnlicher Preis, den man noch obendrein für die Beseherung eines dreijährigen Friedens zu fordern sich vermaß.

Die Forderungen der Gehilfen bewegten sich vollständig im Rahmen des bestehenden Normaltarifs und auch an Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen wurde nur verlangt, was die Verhältnisse geboten.

Die im November 1909 begonnenen und im Januar 1910 beendeten centralen Verhandlungen wurden wieder wie beim Normaltarif unter Vorsitz dreier Unparteiischen (v. Schulz, V. Frenner und Beigeordneter Rath-Essen, an Stelle Dr. Wiedfeldts) geführt. Dabei wehrte der Verband der Maler (die mitzugezogenen Christlichen und Hirsch-Dunderschen haben im Malergewerbe so wenig Mitglieder, daß sie nicht in Betracht kommen; hat doch die Hirsch-Dundersche Organisation nicht einmal einen Vertreter weder in den Central- noch in den Gautarifinstanzen) alle geplanten Verschlechterungen allgemein ab. So blieb es bei den bisherigen Mindestlohnprinzipien; nur Gehilfen im ersten Gehilfenjahr unterliegen der freien Vereinbarung und in einer Anzahl norddeutscher Städte wurde, entgegen dem bisher hier bestandenen Brauch, eine sonst allgemein üblich gewesene Lohndifferenz zwischen Gehilfen unter und über 20 Jahren geschaffen. — Die Gegenleistung wurde anstatt verschlechtert, noch mit einigen Garantien für die Arbeiter versehen, die Haftungsbedingung fiel, die Agitationsklausel bekam den Wortlaut wie im Tarif für das Baugewerbe, paritätische, obligatorisch zu benützende Arbeitsnachweise sollen „angestellt“ werden. Die Erfüllung der Bundesratsvorschriften gegen Bleivergiftungen wurden zur tariflichen Pflicht erhoben und das Feiern am 1. Mai natürlich als kein Tarifverstoß erklärt. — Für etwa durch Verschlechterung bisher hier und da bestandener günstiger Bestimmungen über Lohnzuschläge, Jahrgeldvergütungen usw. wurde den betroffenen Orten eine besondere Lohnerhöhung von 1 Pf. (Berlin erhielt 2 Pf.) pro Stunde zugesprochen. Eine Arbeitszeitverkürzung sollte nur eintreten, wo bisher noch länger wie 10 Stunden gearbeitet wurde. Im übrigen

wurde für alle Orte 3 Pf. allgemeine Lohnerhöhung und zwar durch Schiedspruch, festgesetzt; also auch für solche Gehilfen, die bereits mehr wie den Mindestlohn erhielten.

So brachte der Reichstarif den Arbeitgebern keineswegs die Erfüllung ihrer Wünsche. Die Lohnerhöhung war zwar, wie von den Unparteiischen auch zugestanden wurde, recht minimal und die Ablehnung jeder täglichen Arbeitszeitverkürzung unter 10 Stunden mußte enttäuschen; trotzdem ergaben sich mancherlei Vorteile und so konnten die Verhandlungsergebnisse besonders wegen der bei Abschluß des Tarifs herrschenden Konjunkturverhältnisse und noch wegen mancherlei anderer Erwägungen nicht ohne weiteres als unannehmbar verworfen werden. Darum stimmten die Mitglieder des Verbandes der Maler usw. in der Urabstimmung den Ergebnissen zu und die kurz danach stattgefundenen Generalversammlung zu Dresden sanktionierte diese Abstimmung noch ausdrücklich. — Auch die Unternehmer stimmten zu.

Nicht ohne Interesse ist, wie der Reichstarif im Malergewerbe die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz geregelt wissen will. Wir werden über dieses Kapitel noch besonders berichten, ebenso über die Erfahrungen, die über die Tätigkeit und Spruchpraxis der meist mit juristisch gebildeten Unparteiischen als Vorsitzenden besetzten Orts- und Gautarifämtern und mit dem unter Vorsitz der drei schon genannten Herren tagenden Haupttarifamt gesammelt werden konnten.

Nun geht man im Malergewerbe der neuen Tarifbewegung entgegen, denn der Reichstarif läuft am 15. Februar 1913 ab. Inzwischen hat sich in Arbeitgeberkreisen viel Mißmut gezeigt: sowohl über die materiellen Zugeständnisse, die man den Arbeitern nach vorausgegangenen Scharfmachereien und trotz des vorher eingenommenen strikt ablehnenden Standpunktes hat dennoch machen müssen, als auch darüber, daß sich der Tarif nicht, wie erwartet, mißbrauchen ließ zu egoistischen und agitatorischen Zwecken gegen unorganisierte Arbeitgeber. In der Presse und auf den Verbandstagen der Unternehmer feiern deren alte, bisher nicht erfüllte Wünsche wieder ihre Auferstehung und bereiten den etwas weiterblickenden und die Verantwortung tragenden Personen im Arbeitgeberverband allerlei Verlegenheiten. Dazu kommt die erfolgte Bildung einer Sezession großer Firmen, entstanden durch das einseitige Vorgehen der meist von dem Geiste kleinlichster Mittelstandsretterei besetzten Arbeitgeber in führender Stellung bei den Versuchen, die Preise nach den in einem so kleingewerblichen Berufe völlig unanwendbaren Methoden verschiedener Industrien und Großhandelsverbände zu regulieren. Das verschärft die Krise natürlich noch mehr.

Diese mißlichen Verhältnisse sucht man durch die vollzogene Kartellierung mit dem Bauarbeitgeberbund zu mildern.

Die beteiligten Arbeiter werden die durch den kommenden Ablauf des an sich bei vernünftiger Anwendung durchaus nicht schädlich wirkenden Reichstarifs geschaffene Situation zu würdigen und sich auf die in Aussicht stehenden ernststen Auseinandersetzungen vorzubereiten wissen.

Hamburg.

Otto Streine.

**Aus den deutschen Gewerkschaften.**

Der Bäckerverband vereinnahmte im ersten Quartal 275 204 Wochenbeiträge gegen 238 509 im gleichen Quartal des Jahres 1911. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 3493.

„Der Grundstein“, Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, hat mit der Nr. 23 lauf. Jahrg. eine Auflage von 350 000 erreicht. Die Steigerung der Auflage seit Jahreschluß 1911 beträgt 36 000.

Die Abrechnung des Brauereiarbeiterverbandes für das erste Quartal ergibt eine Einnahme von 309 201 Mk. und eine Ausgabe von 251 106 Mk. Die Ausgaben für Krankenunterstützung betragen 63 477 Mk., Arbeitslosenunterstützung 22 464 Mk., Streiks und Aussperrungen 26 138 Mk. Der Vermögensbestand betrug 1 227 628 Mk.

Der Verband der Fleischer hat im ersten Quartal eine Mitgliederzahl von 6000 erreicht. Für Erwerbslosenunterstützung wurden 4347 Mk., für Lohnbewegungen und Streiks 3998 Mk. ausgegeben. Der Kassenbestand betrug 44 077 Mk., wozu 6764 Mk. Ortskassenbestände kommen.

Der Gemeindearbeiterverband zählte am Schlusse des ersten Quartals 49 096 Mitglieder gegen 47 376 am Jahreschluß 1911. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung betragen 11 551 Mk., Krankenunterstützung 59 461 Mk., Lohnbewegungen 2157 Mk., Streiks 2440 Mk. Der Vermögensbestand betrug 677 158 Mk., davon 238 924 Mk. in den Filialen.

Der Mitgliederstand des Verbandes der Hutmacher betrug am Schlusse des ersten Quartals 10 549 zahlende Mitglieder. Für Arbeitslosenunterstützung wurden rund 9200 Mk., Krankenunterstützung 10 690 Mk., Streik- und Gemahregeltenunterstützung 3498 Mk. ausgegeben. Der Vermögensbestand belief sich auf 220 336 Mk.

Der Schneiderverband zählte am Schlusse des ersten Quartals 50 390 Mitglieder, davon 11 394 weibliche. Der Vermögensbestand der Hauptkasse betrug 526 343 Mk.

**Aus den österreichischen Gewerkschaften.**

Eine der bestgeleiteten österreichischen Gewerkschaften, der Verband der Brauereiarbeiter und Fachbinder, hielt vom 16. bis 18. Mai in Wien seinen dritten Verbandstag ab. Die gewerkschaftliche Organisation der Brauer und Fachbinder ist noch verhältnismäßig jung. Wohl gab es schon vor einigen Jahrzehnten unter den Fachbindern eine Gewerkschaftsorganisation, aber diese konnte sich nicht recht entwickeln. Erst als sich die Fachbinder mit den Brauereiarbeitern vereinigten, ging die Entwicklung der Organisation rascher voran und erreichte schließlich eine beachtenswerte Höhe. Heute ist die Organisation über alle Teile des Reiches, mit Ausnahme Böhmens, verbreitet. In Böhmen geht es infolge der nationalen Verhältnisse nicht vorwärts, obwohl dort die miserabelsten Arbeitsverhältnisse zu finden sind.

Am Verbandstag erstattete der Obmann Supper das Referat über die Tätigkeit des Vorstandes. Er beklagte sich über die große Fluktuation der Mitglieder, welche es verursachte, daß der Verband die Mitgliederzahl in den letzten Jahren nicht erhöhen konnte. Der Mitgliederstand, der jetzt 10 329 Personen umfaßt, hat sich seit 1909 nur ganz unbedeutend

gehoben. Sehr erfreulich ist dagegen die finanzielle Entwicklung gewesen, denn das Verbandsvermögen hat sich seit dem Jahre 1909 mehr als verdoppelt; es betrug Ende 1911 516 296,48 Kronen. Die besonders in Wien und den Alpenländern gut entwickelte Organisation vermochte die meisten Lohnbewegungen ohne Streit zu einem günstigen Ende zu führen. Es wurden eine Anzahl guter Kollektivverträge abgeschlossen, deren größter die Brauereien Wiens und Umgebung umfaßt. Die Summe der in den letzten drei Jahren erreichten Lohnserhöhungen betrug 964 457 Kronen, die der Arbeitszeitverkürzung 1 562 258 Stunden jährlich.

Nach Kenntnisaufnahme des Vorstandsberichts wurde eine Ergänzung des Unterstützungswezens beraten. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine Invalidenunterstützung einzuführen. Diese sichert den arbeitsunfähigen Mitgliedern nach fünfzehnjähriger Mitgliedschaft, je nach der geleisteten Beitragshöhe, Monatsrenten von 10 bis 20 Kronen. — Ein sehr instruktives Referat erstattete das Vorstandsmitglied Schmidt über: Die Tarifverträge und Lohnbewegungen. Interessant ist, daß der Redner sich — wie übrigens auch andere auf diesem Verbandstag — genötigt fühlte, die schädlichen Wirkungen des Alkoholismus besonders hervorzuheben. Schmidt führte aus: Der Alkoholgenuß stumpfe den Arbeiter in seinem Denken und Fühlen ab, mache ihn gleichgültig gegen die Notwendigkeit der Verbesserung seiner Lage. Es war deshalb schwer, den Organisationsgedanken in die Reihen der Brauereiarbeiter zu tragen, die durch das tägliche Freibier, das ihnen als ein Teil des Lohnes zustand, dem Alkoholgenuß zugeführt worden waren. Erst die durch die Organisation bewirkte Ablösung des Freibiers durch Bargeld führte zu einer Besserung. In dieser Richtung müsse weitergearbeitet werden.

Am Schlusse des Verbandstages sprach der amerikanische Delegierte Hübner über: „Die Organisationsverhältnisse der Brauereiarbeiter in Amerika.“ Unter lebhaftem Beifall des Verbandstages wandte sich der Redner gegen die separatistischen Bestrebungen in Böhmen und versprach, dahin zu wirken, daß kein Separatist im amerikanischen Verband Aufnahme finde.

Während der Pfingstfeiertage tagte in Wien der vierte Verbandstag der Mühlenarbeiter. Die Gewerkschaft der Mühlenarbeiter feierte vor kurzem das Jubiläum ihres zwanzigjährigen Bestandes. Als mit der gewerkschaftlichen Organisation begonnen wurde, waren schier unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten zu überwinden. Langsam, sehr langsam ging es vorwärts und selbst heute ist nur erst ein Bruchteil der Mühlenarbeiter gewerkschaftlich organisiert. Bis vor kurzem bestanden zwei sich feindlich gegenüberstehende Organisationen. Diese haben sich im Jahre 1909 endlich vereinigt und seitdem geht es besser.

Am Verbandstag erstattete der Verbandssekretär Steinböck den Tätigkeitsbericht. Aueracher referierte über: „Organisation, Taktik und Agitation.“ Eine längere Debatte entspann sich über die Frage, ob sich der Verband der Mühlenarbeiter mit der Gewerkschaft der Bäcker verschmelzen solle. Der Verbandstag nahm einen Antrag an, der sich prinzipiell der Verschmelzung nicht ablehnend gegenüberstellt. Der Antrag lautet:

„Der vierte ordentliche Verbandstag der Mühlenarbeiter Oesterreichs beschließt, an der einheitlich

centralen Form der Organisation, der Grundbasis internationaler Solidarität, festzuhalten.

Bei auftauchenden Verschmelzungsideen mit eng verwandten Berufsorganisationen steht dem Verbandsvorstand das Recht zu, diese Ideen aufzugreifen und Verhandlungen zu pflegen sowie darüber am nächsten Verbandstag Anträge zu stellen."

Es wurden dann noch eine Anzahl Beschlüsse zum Ausbau des Unterstützungswesens gefaßt.

Vom 28. Mai bis 1. Juni fand in Wien die vierte Reichskonferenz der Arbeitergruppen der Bergbauingenieurwissenschaften statt. Waren diese Konferenzen auch keine eigentlich gewerkschaftlichen Veranstaltungen, haben sie doch durch den Umstand, daß die Genossenschaftsvertreter zumeist Gewerkschafter sind und am Kongresse eine Reihe für das Arbeitsverhältnis wichtiger Fragen erörtert werden, auch für die Gewerkschaften eine erhebliche Bedeutung. Auf der diesmaligen Konferenz sprachen Jarolim über die Bergarbeiterversicherung, der Abgeordnete Cingr über die Berggesetzgebung, Prda über den notwendig erscheinenden gesetzlichen Schutz der Genossenschaftsdelegierten vor nachsüchtiger Unternehmerbrutalität. Es wurden Beschlüsse gefaßt, welche die Forderungen der Bergarbeiter an die Gesetzgebung zusammenfaßten.

Eine erfreuliche Erscheinung der österreichischen Arbeiterbewegung ist das Aufblühen der proletarischen Jugendorganisation. In den letzten Jahren hat der Verband jugendlicher Arbeiter eine erhebliche Anzahl Mitglieder gewonnen und seinen Wirkungskreis, der sich früher nur auf einige größere Städte beschränkte, über viele kleine Industrieorte ausgedehnt. Nach dem letzten Berichte besitzt der Verband 8558 ordentliche und 584 unterstützende Mitglieder. Von den Mitgliedern gehören 1547 auch einer Gewerkschaftsorganisation an und 637 sind allein im Jahre 1910 zur Gewerkschaftsorganisation übergetreten. Die günstige Entwicklung der Jugendbewegung ist recht deutlich aus der von Jahr zu Jahr steigenden Auflage des Verbandsorgans „Der jugendliche Arbeiter“ zu sehen. Im Jahre 1902/03 betrug die Durchschnittsausgabe des Blattes 5083 Exemplare; im Jahre 1906 war die Auflage auf 5291, im Jahre 1911 auf 11 250 Exemplare gestiegen. Der Verband entfaltet eine überaus rührige Agitationsarbeit. Zahlreiche aufklärende Schriften werden verbreitet sowie Versammlungen und Vorträge abgehalten. Für die populärwissenschaftliche Aufklärung der Mitglieder wird durch zweckentsprechende Bibliotheken, durch Unterrieche und Kurse nach Möglichkeit gesorgt. Alles in allem leistet die proletarische Jugendorganisation zum Schutze der Arbeiterjugend nicht minder wie zu deren geistigen Weiterbildung eine so fruchtbare Arbeit, daß Partei und Gewerkschaft alle Ursache haben, diese Organisation tatkräftig zu unterstützen. In der Tat ist auch das Verhältnis der Jugendorganisation zur Gewerkschaft und politischen Partei das denkbar beste. Der Verband jugendlicher Arbeiter wird finanziell und moralisch unterstützt, während er seinerseits dafür Sorge trägt, daß die jungen Leute sobald als möglich in ihre gewerkschaftliche Berufsorganisation übertreten.

Während der Pfingstfeiertage fand in Bodenbach der vierte Verbandstag der jugendlichen Arbeiter statt, welcher durch seinen ernstesten, würdigen Verlauf ein schönes Zeugnis für

die Reife der proletarischen Jugendbewegung gab. Es wurden Referate über Organisation und Agitation, Presse, Bildungsarbeit, Jugendschutz, Gewerbeschulwesen, gemeinsame Organisation der Jugend beiderlei Geschlechtes, Kampf mit den Seignern und Militarismus erstattet. Der schöne Verlauf des Bodenbacher Verbandstages dürfte wohl dazu beitragen, die österreichische Jugendbewegung wieder ein Stück vorwärts zu bringen. Das ist im Interesse der ganzen Arbeiterschaft wärmstens zu hoffen.  
Jul. Deutsch.

#### Von den australischen Gewerkschaften.

Im Jahre 1910 hatten die Gewerkschaften in Australien abermals eine nennenswerte Zunahme ihrer Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die vorliegenden Angaben betreffen wohl nicht die Gesamtheit der Gewerkschaften, sondern nur die, welche auf Grund der bestehenden Gesetze eingetragen sind. In den Staaten, wo die Eintragung gewisse Rechte bei der Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten mit sich bringt — Neu-Südwales, Westaustralien und Neuseeland —, sind fast alle Gewerkschaften amtlich registriert; ebenso in Queensland, obzwar dort den Gewerkschaften kein direkter Einfluß bei der Durchführung der Lohnamtsgesetzgebung zugestanden ist. Anders liegen die Dinge in den Staaten Victoria, Südastralien und Tasmanien; hier sind nur wenige Gewerkschaften eingetragen und von den Zentralen der Gewerkschaften sind keine Angaben erhältlich. Es ist anzunehmen, daß diese Centralen über die Stärke der ihnen angeschlossenen Vereine selbst nicht recht Bescheid wissen. Gewiß ist, daß von den drei oben erwähnten Staaten nur Victoria eine verhältnismäßig gut entwickelte Gewerkschaftsbewegung hat. Lokalvereine herrschen noch in allen Staaten vor; die Zentralisation macht nur sehr langsame Fortschritte.

Der Registrar der Gewerkschaften im Staat Neu-Südwales sagt in seinem Bericht für 1910 — der erst anfangs 1912 im Druck erschien —, daß es eine bemerkenswerte Tendenz der gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegung sei, Arbeiter aller Kategorien in ihre Reihen zu ziehen, während sie früher nahezu ausschließlich auf gelernte Arbeiter beschränkt war. Auch die Organisierung der Arbeiterinnen ist eine neue Erscheinung.

Anfangs 1910 existierten in Neu-Südwales 166 eingetragene Gewerkschaften; im Laufe des Jahres kamen 29 dazu und 21 wurden aus dem Register gelöscht, so daß am 31. Dezember 174 Organisationen verblieben. Von den gelöschten Gewerkschaften sind einige eingegangen, andere lieferten nicht die gesetzlichen Nachweisungen und wieder andere verlangten selbst, gestrichen zu werden; doch waren auch diese dem Eingehen nahe — „in a moribund condition“ — wie sich der Gewerkschaftsregistrar ausdrückt. Von allen 397 seit 1882 gegründeten Gewerkschaften bestanden Ende 1910 223 nicht mehr. Eine beträchtliche Anzahl davon verschmolz sich mit anderen Organisationen, viele aber hatten schon bei der Gründung wenig Aussichten auf einen dauernden Bestand. Von 1903 bis 1906 ging die Zahl der Organisationen zurück und seither nahm sie wieder zu. Die Mitgliederzahl nahm in den acht Jahren ununterbrochen zu; sie betrug 1903 73 301, 1904 79 815, 1905 84 893, 1906 88 478, 1907 95 701, 1908 113 918, 1909 127 402 und 1910 130 346; hierunter befanden sich 128 120 männliche und 2226

weibliche Personen. Vor 1910 wurde die Zahl der weiblichen Mitglieder nicht festgestellt. Von den weiblichen Mitgliedern entfielen auf den Schneiderverband 602, auf den Verband der Hotelbediensteten 274, auf den Fabrikarbeiterverband 250 usw.

Nach Gewerbegruppen verteilten sich Ende 1910 die Organisationen und ihre Mitglieder wie folgt:

Gewerbegruppen	Organi- sationen	Mit- glieder	Proz.
Baugewerbe . . . . .	18	6 718	5,2
Werkzeuggewerbe . . . . .	6	3 700	2,8
Metallgewerbe . . . . .	14	6 798	5,2
Nahrungsmittel- u. Getränkew. . . . .	25	9 975	7,7
Bergbau- und Hüttenwesen . . . . .	23	20 126	15,4
Hirten . . . . .	4	29 666	22,8
Druckgewerbe . . . . .	6	1 785	1,4
Eisenbahnen und Trambahnen . . . . .	6	17 775	13,6
Seetransport . . . . .	12	13 315	10,2
Sonstiges Transportwesen . . . . .	6	2 961	2,3
Sonstige Fabrikationsgewerbe . . . . .	23	8 753	6,7
Anderer Gewerbe . . . . .	31	8 774	6,7
Zusammen . . . . .	174	130 346	100

Etwa zwei Drittel aller Mitglieder entfallen auf die Organisationen der Hirten, Bergarbeiter und Transportarbeiter. Die Organisationen der Industriearbeiter sind verhältnismäßig schwach; das trifft auch in den übrigen Staaten Australiens zu. Die stärkste Organisation ist die Australian Workers' Union, der Verband der Hirten; seine Mitgliederzahl betrug 28 521; dann kommen die Railway and Tramway Service Association (Eisenbahn- und Trambahnbedienstete) mit 8224 Mitgliedern, die Northern Colliery Employees' Union (Bergarbeiter) mit 7571 Mitgliedern und die Federated Seamen's Union (Seeleute) mit 5332 Mitgliedern. Bei den Verbänden der Hirten und der Seeleute, die sich auf mehrere Staaten erstrecken, sind nur die Mitglieder in Neu-Südwesten gezählt. — Ueber 4000—5000 Mitglieder hatten zwei Organisationen, über 2000—4000 vier, über 1500—2000 sechs, über 1000—1500 zwölf; alle übrigen Organisationen hatten weniger Mitglieder, die Mehrzahl sogar weniger als 500.

Die Gesamteinnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften in Neu-Südwesten waren 1910 geringer als 1909, aber höher als in allen anderen Jahren; der gesamte Vermögensbestand ist wieder gestiegen. Die Einnahmen und Ausgaben sowie der Vermögensbestand in den Jahren 1903 bis 1910 sind in der nächsten Tabelle dargestellt.

Jahr	Einnahmen Pfr.	Ausgaben Pfr.	Vermögen Pfr.*
1903	60 861	56 133	68 062
1904	82 100	78 752	69 409
1905	72 576	67 611	73 324
1906	72 502	65 209	82 053
1907	98 508	93 024	91 701
1908	105 003	102 402	90 278
1909	148 202	147 152	94 900
1910	127 954	129 754	98 758

\*) 1 Pfund Sterling entspricht im Wert ungefähr 20 Mark.

Von den Einnahmen stammten 105 444 Pfund Sterling aus Beiträgen der Mitglieder, 1215 Pfund Sterling aus Vermögenszinsen und 23 095 Pfund Sterling aus anderen Quellen. Ausgegeben wurden für Arbeitslosenunterstützung 11 380 Pfund Sterling (1909 19 126 Pfund), Unfallunterstützung 4713 Pfund

(1909 4744 Pfund), Ablebensunterstützung 3356 Pfund Sterling (1909 2228 Pfund), Krankengeld 966 Pfund Sterling, Altersunterstützung 1572 Pfund Sterling, andere Unterstützungen 1862 Pfund Sterling, Gerichtskosten (einschließlich der Ausgaben für Verhandlungen vor Lohnämtern) 9605 Pfund Sterling, für Verwaltung, Agitation und sonstige Zwecke 90 340 Pfund Sterling.

Im Staat Queensland nahm die Zahl der eingetragenen Gewerkschaften von 34 1909 auf 37 1910 zu; eingetragen wurden 7 und gelöscht 3 Organisationen. Die Mitgliederzahl von 34 Organisationen betrug 1910 18 522\*); 1909 hatten die berichtenden Gewerkschaften 16 423 Mitglieder, 1908 14 980, 1907 11 236, 1906 8332 und 1905 6297. Die beiden Zweigvereine der Australian Workers' Union zu Charleville und Longreach hatten am Schlusse des letzten Berichtsjahres zusammen 8180 Mitglieder, die Amalgamated Workers' Association of North Queensland zählte 1650 Mitglieder, die Queensland Colliery Employees' Union (Bergarbeitergewerkschaft) 1213 Mitglieder und die Waterside Workers' Union (Safenarbeitergewerkschaft) 1122 Mitglieder; jede andere Organisation hatte weniger als 1000 Mitglieder.

Ueber die Finanzgebarung machten 1909 30 und 1910 34 Gewerkschaften Angaben; bei ihnen betragen:

	1909	1910
Die Gesamteinnahmen . . . . .	16 867 Pfr.	25 790 Pfr.
„ Gesamtausgaben . . . . .	16 256 „	25 428 „
„ Das Vermögen am 31. Dez. . . . .	40 078 „	10 541 „

Im Jahre 1910 wurden ausgegeben: Für Streikunterstützung 2817 Pfund Sterling (1909 1001, 1908 1215, 1907 1397 Pfund Sterling), für Krankengeld 598 Pfund Sterling, für Arbeitslosenunterstützung 232 Pfund Sterling, Altersunterstützung 477 Pfund Sterling, Sterbegeld 290 Pfund Sterling, für andere Unterstützungen 227 Pfund Sterling, für Verwaltung 8607 Pfund Sterling, für sonstige Zwecke 12 180 Pfund Sterling.

In Westaustralien bestanden Ende 1910 131 Gewerkschaften; im Laufe des Jahres wurden 26 Organisationen neu eingetragen und 18 aus dem Register gestrichen. Die Zahl der Mitglieder der registrierten Gewerkschaften stieg von 15 187 1908 auf 17 724 1909 und 20 884 1910. Weit aus die meisten westaustralischen Arbeiterorganisationen sind Lokalvereine mit sehr geringer Mitgliederzahl. Ueber 1000 Mitglieder hatten die Westralian Goldfields Federated Miners' Union (Goldgräber, 2599 Mitglieder), die West Australian Amalgamated Society of Railway Employees (Eisenbahner, 2218 Mitglieder) und die Amalgamated Timber Union (Holzfäller und Sägewerksarbeiter, 1200 Mitglieder). Viele Organisationen haben nur etwa zwei bis drei Duzend Mitglieder.

Die Einnahmen der westaustralischen Gewerkschaften betragen im Jahre 1910 46 770 Pfund Sterling (gegen 46 996 Pfund Sterling 1909), die Ausgaben 43 879 Pfund Sterling (1909 44 268 Pfund) und der Vermögensbestand belief sich am 31. Dezember auf 30 780 Pfund Sterling (1909 27 889 Pfund). Die Ausgaben verteilten sich 1910 wie folgt: Kranken- und Unfallunterstützung 6919 Pfund

\*) Die drei anderen Organisationen sind aus Delegationen bestehende Körperschaften.

Sterling, Sterbegeld 3063 Pfund Sterling, andere Unterstüßungen 557 Pfund Sterling, Verwaltung 21 125 Pfund Sterling, sonstiges 12 215 Pfund Sterling.

Der Gewerkschaftsregister von Südastralien veröffentlichte für 1910 keinen Bericht mehr, da nur mehr wenige Vereine in das amtliche Register eingetragen sind.

Im Staat Victoria ist nur noch ein Verein von Fischern auf Grund des Gewerkschaftsgesetzes eingetragen.

In Neu-Seeland, das nicht zum australischen Staatenbund gehört, entwickelten sich die Gewerkschaften seit 1903 wie folgt:

	Organi- sationen	Mitglieder- zahl
Dezember 1903 . . . . .	258	27 640
" 1904 . . . . .	273	30 271
" 1905 . . . . .	261	29 869
" 1906 . . . . .	274	34 978
" 1907 . . . . .	310	45 614
" 1908 . . . . .	325	49 347
" 1909 . . . . .	308	54 519
" 1910 . . . . .	308	57 091

Mit Ausnahme des Jahres 1905 war das Wachstum ununterbrochen. Fast ein Drittel aller Mitglieder sind Transportarbeiter; zunächst kommen dann die Nahrungsmittelarbeiter und die Bauarbeiter. Die Zunahme der Mitgliederzahl war seit 1903 am beträchtlichsten bei den Landarbeitern. Die nächste Tabelle zeigt, wie sich die Mitglieder 1903 und 1910 nach Gewerbegruppen verteilen.

Gewerbegruppen	1903	1910	Zunahme in Prozenten
Landarbeiter . . . . .	1 235	4 142	235,4
Bauarbeiter . . . . .	3 717	6 857	84,2
Bekleid- u. Textilarbeiter	3 158	4 717	49,4
Metallarbeiter . . . . .	1 441	3 383	134,8
Nahrungsmittelarbeiter . . . . .	2 297	7 357	220,3
Bergarbeiter . . . . .	4 145	4 689	13,1
Druckereiarbeiter . . . . .	708	1 163	64,2
Transportarbeiter . . . . .	7 749	17 104	120,8
Andere Gewerbe . . . . .	3 190	7 679	140,7
Zusammen . . . . .	27 640	57 091	—

In vielen Gewerben sind die Ortsvereine zu Verbänden zusammengeschlossen, aber die amtliche Statistik gibt nur die Mitgliederzahl der einzelnen Ortsvereine an, nicht auch die der Verbände.

Streiks oder Aussperrungen, die sich auf das Gebiet mehrerer Staaten erstrecken, sind durch das Gesetz des australischen Bundes betr. die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten, das seit 1904 besteht, verboten; die Strafe für Zuwiderhandlung beträgt 1000 Pfund Sterling (oder zirka 20 000 Mk.). Einzelstaatliche Streikverbote stehen in Kraft in Neu-Südwales, Westaustralien, Südastralien, Tasmanien und Neuseeland. In Neu-Südwales, Südastralien und Tasmanien können gegen Streiker Gefängnisstrafen verhängt werden. In Neu-Südwales wurden auch schon wiederholt Streiker und „Anstifter“ von Streiks in die Gefängnisse geworfen; die längste Dauer der Gefängnisstrafe, 12 Monate, wurde gegen vier „Anstifter“ verhängt. Die europäischen Arbeiter werden wohl kein Verlangen nach solchen Zuständen haben?

H. F.

## Kongresse.

### Französische Gewerkschaftskongresse.

Im April fanden in Frankreich zwei Gewerkschaftskongresse statt, die von allgemeinem Interesse sind: Der Kongreß des Eisenbahnerverbandes und der Kongreß der Bauarbeiterföderation.

Der Eisenbahnerkongreß war der Ausklang des alten Streits zwischen Reformisten und revolutionären Syndikalisten, der infolge des Eisenbahnerstreiks vom Oktober 1910 wieder akut geworden ist und zur Abspaltung der revolutionären Minorität geführt hat. Der Kongreß hat die Tatsache dieser Abspaltung einfach registriert und die Haltung der Verbandsleitung gebilligt. Er hat in einer weiteren Kundgebung die sozialistische Partei als die politische Vertretung der Arbeiterklasse anerkannt. Schließlich wäre noch eine mehr doktrinaire Debatte über die Forderung der Verstaatlichung der Eisenbahnen zu erwähnen. Mit erdrückender Mehrheit sprach sich der Kongreß für die Verstaatlichung aus, ohne jedoch zu verkennen, daß die Verstaatlichung nicht identisch ist mit der Sozialisierung. Eine lebhafteste Kontroverse fand mit dem Sekretär der Konföderation, Douhaux, statt, der dem Kongreß beizuhören. Man beflagte sich über eine angebliche oder wirkliche Begünstigung der revolutionären Sonderorganisation. Der im Herbst d. J. stattfindende allgemeine Gewerkschaftskongreß wird voraussichtlich über die Zulassung der Sonderorganisation zur Konföderation entscheiden.

Mehr infolge des Streiks wie der Abspaltung, ist die Mitgliederzahl der Organisation auf 22 000 gesunken. Sehr begünstigt von den Eisenbahngesellschaften wird eine gelbe katholische Organisation, deren Mitgliederzahl auf 50 000 gestiegen sein soll. Doch geht es jetzt im Eisenbahnerverbande wieder vorwärts. Im Durchschnitt werden wöchentlich über 150 neue Aufnahmen verzeichnet. Freilich werden Jahre vergehen, ehe die Wunden geheilt sein werden.

Wiel bedeutender war der Kongreß der Bauarbeiterföderation, der in der Eierwoche stattfand. Diese Organisation, die die Arbeiter sämtlicher Bauberufe umfaßt, ist durch Verschmelzung der verschiedenen Berufsföderationen, die zusammen kaum 14 000 Mitglieder hatten, vor 5 Jahren gegründet worden. Nach den gezahlten Beiträgen betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1910 etwa 88 000, im Jahre 1911 etwa 85 000 Mitglieder. Der Rückgang betrifft hauptsächlich Paris, wo ein allgemeiner Bauarbeiterstreik schütterte und außerdem Grenzstreitigkeiten und Abspaltungen unter den verschiedenen Berufssyndikaten entstanden. Lokal besteht die Berufsorganisation fort, wenn auch auf eine Verschmelzung hingearbeitet wird.

Die wichtigsten Aufgaben, die der Kongreß zu lösen hatte, waren die Erhöhung der Beiträge und die Reorganisation. Die Beiträge der Syndikate bewegen sich zwischen 30 und 150 Centimes monatlich. Zu bemerken ist jedoch, daß die große Mehrzahl der Syndikate mehr als 75 Cent. von ihren Mitgliedern fordert. Der Föderationsbeitrag, ursprünglich 10 Centimes, beträgt gegenwärtig 25 Cent. Eine wirksame Streikunterstützung kann damit natürlich nicht gezahlt werden und deshalb sollten wieder die Beiträge erhöht werden. Es wurde beschlossen, sie auf 35 Cent. festzusetzen. 15 Cent. fließen davon in die Streikkasse, 15 bleiben für Verwaltung, Agitation usw. und 5 Cent. fließen in die neugegründete Soldatenkasse, zur Unterstützung der beim Militär dienenden Mitglieder.

Bei der Diskussion des Rechenschaftsberichts kam es zu einer Auseinandersetzung wegen der Verwendung der Organisationsgelder zur Unterstützung des syndikalistischen Tagesblattes „La Bataille Syndicaliste“. Aus der Centralkasse sind dafür 25 000 Frank bewilligt worden und die angeschlossenen Organisationen entnahmen bis Ende 1911 für 43 000 Frank Aktien. Rechnet man die Sammellisten hinzu, dann kann man annehmen, daß die Bauarbeiter für dieses Blatt in einem Jahre 100 000 Frank ausgegeben haben. Trotzdem stellt der Rechenschaftsbericht fest, daß die große Mehrheit der Bauarbeiter die „B. S.“ nicht liest. Uebrigens kann sich das Blatt nur durch die pekuniäre Unterstützung der Organisationen halten. Wie lange die jedoch noch erhalten wird, ist eine andere Frage. Im übrigen macht das herzlich schlecht redigierte Blatt wohl der „Humanität“, nicht aber den bürgerlichen Blättern Konkurrenz. Bei der Regelung der Beitragsfrage wurde — nicht ohne heftigen Widerspruch — bestimmt, daß künftig die Streikunterstützung nur auf Grund der an die Föderationskasse entrichteten Beiträge berechnet werden soll. Es war vorgekommen, daß Syndikate, die 150 Mitglieder hatten, 3—4000 Streikende aufwiesen. Man kann sich leicht vorstellen, wie hoch bei diesem System die Streikunterstützung sein konnte. Die Syndikate behalten jedoch die Fakultät, die Streikunterstützung an alle Beteiligte zu verteilen.

Der wichtigste Punkt war die Reorganisationsfrage. Bisher war die Organisation wie die meisten französischen Gewerkschaften konstituiert. Die Leitung der Verbandsgeschäfte liegt in Händen des Föderationscomités. Das Föderationscomité setzt sich aus den Vertretern der angeschlossenen Syndikate zusammen, die aus den Syndikaten des Föderationszuges — in der Regel Paris — entnommen werden. Theoretisch sollen außerdem die Mitglieder des Föderationscomités sich nach den Anweisungen der Syndikate richten, die sie vertreten.

In der Praxis ist dieser Föderalismus, eines der „Prinzipien“ des Syndikalismus, jedoch etwas ganz anderes, besonders mit der wachsenden Zahl der angeschlossenen Syndikate. Tritt ein Syndikat einer Föderation bei, dann kennt es gewöhnlich niemanden am Verbandsitz. Die beamteten Funktionäre sind also genötigt, sich nach Mitgliedern umzusehen, die bereit sind, Mitglied des Comités zu werden. Den neuangeschlossenen Syndikaten werden dann vom Verbandsbureau Vertreter für das Föderationscomité vorgeschlagen, die in der Regel auch akzeptiert werden. So setzt sich das Föderationscomité bei großen Organisationen aus Mitgliedern zusammen, die meist, wenn auch auf indirektem Wege, von den Verbandsfunktionären ernannt werden. Die Verbandsfunktionäre wieder werden vom Föderationscomité ernannt und kontrolliert. Daß die Mitglieder des Föderationscomités sich nach den Instruktionen der Syndikate richten, davon kann praktisch keine Rede sein. Die Geschäfte, die in einer Sitzung erledigt werden und größtenteils sofort erledigt werden müssen, sind den Mitgliedern des Föderationscomités vorher nicht bekannt. Und selbst wenn es möglich wäre, die Ansicht der Organisationen vorher einzuholen, würden diese außerstande sein, sich ein Urteil über Angelegenheiten zu bilden, die sie in ihrem Zusammenhange gar nicht kennen.

Der Föderalismus, wie er heute noch bei den meisten französischen Gewerkschaften üblich ist, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Verparisierung der Gewerkschaften, die Uebertragung des Pariser Kleinbürgerlichen Anarchismus auf Frank-

reich. So erklären sich gewisse Schärpen in der Haltung der Gewerkschaften zur Partei, die außerhalb Paris in Frankreich nicht bestehen. Im einzelnen schafft dieses System, das vom Föderalismus nur die Schwächen, vom Zentralismus nur die Auswüchse hat, die Gefahr einer Cliquemwirtschaft.

Auf Vorschlag von Nicolet, dem früheren Sekretär der Föderation, beschloß der Kongreß eine Neorganisierung auf folgender Grundlage: Die Föderation wird in ungefähr 25 Gaue eingeteilt. Die Syndikate eines Gaues wählen auf einer gemeinschaftlichen Konferenz einen Gaudelegierten, dem die Organisierung der Agitation obliegt. Die Gaudelegierten bilden zusammen den Föderationsrat. Sie treten vierteljährlich zusammen, um die Richtlinien der Verbandstätigkeit zu bestimmen. Sie ernennen gleichfalls die beamteten Funktionäre und das Exekutivcomité, das die Verbandsgeschäfte zu erledigen hat.

Dieses System ist eine Mittelstufe zwischen Föderalismus und Centralismus und mit ihm ist auch die Vorherrschaft von Paris gebrochen. Wir sind der Ueberzeugung, daß es bald bei den französischen Gewerkschaften Nachahmung finden und zu einer Gesundung der französischen Gewerkschaftsbewegung führen wird. Mit dem wachsenden Einfluß der Provinzorganisationen wird auch deren Einsicht wachsen und damit wird ihr Widerstand gegen hohe Centralbeiträge fallen. Hand in Hand wird damit eine systematische Stärkung der französischen Gewerkschaften gehen. Deshalb messen wir dem Beschluß der Bauarbeiterföderation eine außerordentlich hohe Bedeutung bei.

Paris, 15. Mai 1912.

Josef Steiner.

## Aus Unternehmerrreisen.

### Der Verband württembergischer Industrieller und das neue württembergische Sportelgesetz.

Am 16. August des Jahres 1911 hat der württembergische Landtag ein neues Sportelgesetz verabschiedet, das die Geister des Verbandes Württembergischer Industrieller erregt und auf den Kampfplatz gerufen hat. Warum, soll im nachstehenden dargelegt werden.

Nach Ziffer 11 des allgemeinen Sporteltarifs müssen Sportelgebühren entrichtet werden bei „Befreiungen von allgemeinen Anordnungen, die in den Gesetzen und in sonstigen öffentlich oder den Beteiligten besonders bekanntgemachten Vorschriften enthalten sind, im Falle der Gewährung durch eine Staatsbehörde, soweit nicht besondere Bestimmungen getroffen sind.“ Nun haben ja bekanntlich die in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen einen gesetzlich festgelegten Maximalarbeitsstag. Die Gewerbeordnung jagt hierüber im § 137:

„Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 10 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 8 Stunden nicht überschreiten.“

Von dieser gesetzlichen Regel gestattet jedoch der § 138a der Gewerbeordnung in den Fällen eine Ausnahme, wo in einem Betrieb „außergewöhnliche Häufung der Arbeit“ vorliegt, d. h. wenn dort Hochkonjunktur ist. Will nun ein Unternehmer von dem Ausnahmerecht Gebrauch machen, so muß er unter Darlegung seiner Gründe ein entsprechendes Gesuch an die untere Verwaltungsbehörde richten und — hier greift das neue Sportelgesetz ein — für die Genehmigung der Ueberzeitarbeit eine sogenannte Befreiungssportel bezahlen. Die Höhe der-

selben richtet sich nach dem Nutzen, den der betreffende Unternehmer aus dem erteilten Ausnahmerecht nach Ansicht der Behörde zieht. Sie allein setzt die Höhe der Sportel fest, die 1 Mk. bis 200 Mk. betragen kann. Hier haben wir das Objekt des Kampfes.

Mit einer Leidenschaftlichkeit, die wahrlich einer schöneren Sache würdig wäre, kämpft der Verband Württembergischer Industrieller gegen diese Sportel. Angeblich, weil dadurch Industrie und Gewerbe und dadurch die Gesamtheit schier unermesslichen Schaden erleide. Bereits im Frühjahr 1911, als der Gesetzentwurf bekannt wurde, hat der Verband in einer Eingabe an die Landstände eingehend dazu Stellung genommen und sich gegen eine Reihe Sporteln gewandt, die „eine Hemmung des gewerblichen Lebens und damit auch eine Schädigung der Gesamtheit“ herbeizuführen geeignet ist. Eine Anzahl Wünsche der Unternehmer haben auch Berücksichtigung erfahren, aber — und das ist der Schmerz — die berüchtigte Befreiungssportel für Ueberzeitarbeit weiblicher Personen stürzte nicht. Infolgedessen hat sich der Ausschuß des Verbandes am 15. Dezember 1911 abermals mit dieser Frage befaßt und beschlossen, bei seinen Mitgliedern Material zu sammeln und, gestützt auf dieses Material, eine Eingabe an das Ministerium des Innern zu richten. Das ist nunmehr geschehen. Allerdings ist die Sammlung recht mager ausgefallen, trotzdem wohl mit Fleiß gesucht worden ist! Die Eingabe gleicht denn auch vielmehr einem Protestdokument, das sich in theoretischen Erörterungen ergeht, als einem durch seinen Tatsacheninhalt überzeugend wirkenden Schriftstück. Es heißt darin unter anderem:

„Die Bedenken, die gegen die Rahmensportel überhaupt sprechen (Spielraum im Rahmen zwischen 1 Mk. bis 200 Mk.), sind in dem Entwurf des Sportelgesetzes selbst als zutreffend anerkannt worden und der Verband Württembergischer Industrieller hat in seiner Eingabe darauf hingewiesen, daß man in folgerichtiger Weise daher überhaupt von Rahmensporteln Abstand nehmen sollte. Als erster und einziger Grundsatz für die Erhebung von Sporteln sollte nur der angesehen werden, daß eine Sportel erhoben wird lediglich nach dem Grad der den Behörden verursachten Mühe.“\*)

Darauf soll also eine Sportel nicht abzielen, die Ueberzeitarbeit für Arbeiterinnen auf ein Minimum zu beschränken! Nicht soll sie dazu beitragen, den gesetzlichen Zehnstundentag für Arbeiterinnen auch praktisch zur Geltung zu bringen! Wir meinen gerade, daß die Sportel wesentlich darauf Bezug nehmen sollte. Andernfalls trotz des gesetzlichen Zehnstundentags die Arbeiterinnen während jeder guten Geschäftskonjunktur Ueberzeitarbeit leisten müßten. Denn die Genehmigung der Ueberzeitarbeit durch die Verwaltungsbehörde wäre ja dann, wie § 138a der Gewerbeordnung sagt, nicht zu verweigern. Weiter sagt die Eingabe, daß gerade bei Ueberzeitarbeit von einem Nutzen in der weitüberwiegenden Anzahl von Fällen nicht gesprochen werden kann.

„Zu der Ueberzeitarbeit entschließt sich ein Gewerbetreibender nur, um den dringenden Anforderungen der Kundschaft gerecht werden zu können, und er hat dabei 20 bis 50 Prozent höhere Löhne zu bezahlen. Dazu kommen auch sonstige größere Unkosten in der Produktion, z. B. an Beleuchtung, Verabreichung von Wasser und dergleichen. In den Ver-

kaufspreisen können aber diese Mehrkosten nicht zum Ausdruck gebracht werden. So wird bei Ueberzeitarbeit vielfach mit Verlust gearbeitet.“

Und dennoch wollen die Unternehmer diese Sporteln beseitigen? Etwa, um immer noch mehr Verlust um Verlust einzupulvern? Diese Frage berührt den seltsamen Widerspruch, der sich in der Eingabe spiegelt. Denn die ganze Aktion zielt doch nur deshalb auf die Beseitigung der Sportel ab, um alsdann schrankenlose Ueberzeitarbeit einführen zu können! Dadurch aber wären die Arbeiterinnen dann auch noch über die gesetzliche zehnstündige Arbeitszeit hinaus dem Zweitezweck der Unternehmer ausgeliefert. Das wäre dann eine Schädigung der Gesamtheit. Was der Verband Württembergischer Industrieller als solche bezeichnet und als eine Interessenbeschädigung des gewerblichen Lebens ansetzt, ist in Wahrheit nur sein Interesse, das Profitinteresse der Unternehmer. Deshalb sollte an dieser Sportel nicht gerüttelt werden, denn die Arbeiterinnen bedürfen in erhöhtem Maße des Schutzes der Gesetzgebung.

Eine andere Frage ist die einheitliche Gestaltung der Sportel nach bestimmten, der Öffentlichkeit bekanntzugebenden Grundsätzen. Es sei vorgekommen, daß in einem Oberamt für Ueberzeitarbeit etwa 3 Pf. pro Stunde und Arbeiterin an Sporteln erhoben wurden, während in einem anderen Falle 0,6 Pf. pro Stunde und Arbeiterin angesetzt seien. In einem Falle hätten die Löhne für Ueberzeitarbeit 8 Mk. betragen, die hierfür bezahlte Sportel aber 10 Mk. Nach Ansicht der Industriellen übersteigen 50 Proz. der Löhne als Sportelgebühren bei weitem das Maß dessen, was gerechtfertigt erscheine. Mit Rücksicht auf Industrie und Gewerbe (!) bittet die Eingabe das Ministerium des Innern, „eine Aenderung der Tarifnummer 11 des Sportelgesetzes herbeizuführen oder zunächst wenigstens bestimmte Grundsätze zu treffen, nach denen die Sportel zum Ansat gebracht werden muß.“

Mit Rücksicht auf Industrie und Gewerbe! O nein, die Eingabe segelt unter falscher Flagge. Die von Arbeiterinnen durchsetzten Industrien, wie die Textil- und Schokoladenindustrie, sowie das graphische Gewerbe sind nicht dem Untergange geweiht, wenn sie auf die Ueberzeitarbeit verzichten, sondern im Gegenteil dürfte der Verzicht dazu führen, daß menschenwürdige Zustände auch dort Platz greifen, wo sie heute noch vergeblich gesucht werden. Das könnte die fraglichen Industriezweige aber nur heben, denn bekanntlich richtet sich die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie vornehmlich nach dem Lebensniveau der betreffenden Arbeiterschaft. Die Arbeiterinnen müssen sich daher mehr als bisher den Gewerkschaften anschließen, damit sie im Falle des Erfolges der Industriellen, die unbequeme Fessel des Gesetzes abzustreifen, stark genug sind, aus eigener Kraft die Ueberzeitarbeit einzudämmen. Denn kürzere Arbeitszeit ist die Vorbedingung zu höherer Kultur.

W. Egger t.

## Mitteilungen.

### Quittung

über die im Monat Mai 1912 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. der Transportarbeiter f. 3. Qu.	1911	6273,— Mk.
„ „ Bureauangestellten f. 4. Qu.	1911	218,92 „
„ „ Glaser für 4. Qu. 1911	1911	162,86 „

St. 24

\*) „Württembergische Industrie“, 3. Jahrgang, Heft 3 vom 1. März 1912.



Verb. der Stoffateure für 1911 . . .	1332,52	Mf.
" " Tabakarbeiter für 1911 . . .	5056,32	"
" " Porzellanarbeiter für 1911 . . .	2510,60	"
" " Bäcker und Konditoren für 1. Qu. 1912 . . . . .	846,80	"
" " Gemeinde- u. Staatsarbeiter für 1. Qu. 1912 . . . . .	1739,08	"
" " Schiffszimmerer f. 1. Qu. 12 . . .	142,—	"
" " Tapezierer für 1. Qu. 1912 . . .	339,76	"
" " Töpfer für 4. Qu. 1911 und 1. u. 2. Qu. 1912 . . . . .	1369,—	"

An Unterstützungsgebern gingen ein im Monat Mai 1912:

a) Für die ausgesperrten Tabakarbeiter:

**Von den Vorständen der Centralverbände:**

Vöttcher	597,60	Metallarbeiter	43 172,60
Brauerei- und Mühlenarbeiter	83,20	Fleischer	142,80
Steinarbeiter	303,40	Schmiede	27,30
Dachdecker	58,40	Fabrikarbeiter	31 830,40
		Glasler	325,—

**Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:**

Bergarbeiter: Bezirk Bochum 67,— Mf. Brauerei- und Mühlenarbeiter: Seidmühle 12,60 Mf.

**Von den Gewerkschaftskartellen:**

Bremen	505,12	Gardelegen	20,—	Meuselwitz	46,25
Hamburg	600,—	Stuttgart	312,82	Anna	46,10
Castrop	147,30	Mannheim	250,—	Wedel i.	Holst. 161,50

Bereits quittiert 765 442,16 Mf. In Summa 844 151,55 Mf.

b) Für die ausgesperrten Porzellan-

arbeiter:

**Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:**  
Brauerei- und Mühlenarbeiter: Seidmühle 3,90 Mf. Buchdrucker: Sieben 15,— Mf. Transportarbeiter: Cuxhaven 10,— Mf.

**Von den Gewerkschaftskartellen:**

Brandenburg a. S.	100,80	Burg b. Magdeburg	101,80	Driesen	16,45
Gößnitz (S.-M.)	73,60	Sadersleben	70,15	Langenbielau	103,—
Lübeck	39,60	Neuhaldensleben	31,20	Oslau	45,80
Plauen i. V.	356,—	Stargard i. Pomm.	4,—	Solingen	28,20
Rögnisbrück	9,65	Ruhla	46,65	Geringwalde	44,30
Löbau i. Sa.	74,35	Worms	52,35	Wiesbaden	65,—
Magdeburg	68,13	Brunsbüttelsoog	25,—	Eilenburg	57,20
Meißen	250,—	Seesen	4,90	Meuselwitz	150,—
Hann.-Münden	97,30	Gunzenhausen	17,25	Samburg	730,—
Emmerich	3,—	Bunzlau	33,35	Goldlauter	26,50
Freiberg i. Sa.	10,—	Höchst a. M.	100,—	Stade	48,35
Hilden	60,—	Jena	297,65	Stuttgart	1200,—
Grimma	86,95	Rüftringen	490,—	Salzungen	13,50
Offenbach a. M.	200,—	Mügelu i. Sa.	150,—	Goldberg	20,05
Kornweilheim	24,—	Aldershof	2,40	Bruchsal	4,60
Marxfrankfurt	87,20	Hersbruck	8,60	Sechtsheim	27,95
Harburg a. Elbe	148,70	Bremen	286,—	Luda (S.-M.)	20,—
Diegnitz	21,—	Cutin	15,—	Cuxhaven	15,15
Colmar i. Elz.	10,—	Frankenhäusen (Schiff.)	10,—	Hannover	2465,68
Aken a. Elbe	49,75	Gummersbach	32,70	Gattingen	17,50
Ludwigsburg	71,30	Quedlinburg	25,—	Domburg-Kirdorf	45,50
Neustadt i. Sa.	58,20	Kassel	52,75	Krefeld	30,—
Ulrich	16,65	Neutlingen	5,—	Kirchberg i. Sa.	82,95
Bierfen	16,25	Breslau	190,—	Düren (Rheinl.)	36,20
Oschersleben	8,51	Freiburg i. Schl.	6,40	Nürnberg	600,—
Lübben-Stein	32,—	Mannheim	250,—	Altenburg	

(S.-M.) 383,02, Bernau (Mark) 34,70, Köln a. Rh. 140,—, Grimmitzschau 84,45, Deimold 109,76, Naucha 30,15, Schmölln (S.-M.) 2,20 Mf.

**Sonstige Sammlungen:**

Verband der Tapetendrucker-Berlin 150,— Mf. Bereits quittiert 76 221,93 Mf. In Summa 87 360,08 Mf.

c) Für die streifenden Bergarbeiter:  
**Von den Gewerkschaftskartellen:**

Glauchau	1,—	Lübeck	39,55	Solingen	20,50
Hamburg	470,—	Stade	5,—	Grimma	94,05
Sangerhausen	36,35	Mügelu i. Sa.	1100,—	Burgstädt	30,—
Bremen	12,50	Colmar i. Elz.	50,—	Hannover	666,66
Meißen	43,—	Jena	7,50	Mannheim	100,—
Grimmitzschau	3,85	Köln a. Rh.	50,—	Bayreuth	35,—

Bereits quittiert 54 831,26 Mf. In Summa 57 596,22 Mf.

Berlin, den 10. Juni 1912.

Hermann Kube.

**Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.**

Mugsburg: Buchwieser, Johann, Parteiangehänger.

" Machammer, Wilhelm, Angest. des Brauerverbandes.

Berlin: Böckel, C. D., Angestellter des Schneiderverbandes.

" Breßke, Gustav, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.

" Dünow, Erich, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.

" Schneider, Arnold, Angest. des Transportarbeiterverbandes.

" Meyer, Max, Angestellter des Holzarbeiterverbandes.

" Röser, Paul, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.

Bremen: Strunken, Franz, Angest. des Tabakarbeiterverbandes.

Danzig: Veneke, Paul, Geschäftsführer.

Düsseldorf: Beche, Otto, Angestellter des Holzarbeiterverbandes.

Elberfeld: Toll, Ferdinand, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.

Halberstadt: Weber, Paul, Parteiangehänger.

Hamburg: Blüthner, Fritz, Angestellter des Handlungsgehilfenverbandes.

" Thomen, Ernst, Angestellter des Malerverbandes.

" Zech, August, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.

Köln: Hengsbach, Clemens, Akquisiteur.

Königsberg: Rosenbaum, Karl, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.

" Genau, Robert, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.

Kornwestheim: Sprenger, Karl, Angestellter des Schuhmacherverbandes.

Regensburg: Engler, Hermann, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.

Stuttgart: Hoernle, Edwin, Redakteur.

" Lindemann, Dr. Hugo, Schriftsteller.